

**Richter, Danny**

**Zum Aufbau partizipativer Strukturen in Einrichtungen der stationären Kinder- und Jugendhilfe in Bayern. Das Beispiel des Heilpädagogisch- Psychotherapeutischen Kinder- und Jugenddorfs Martinsberg in Naila**

**eingereicht als**

**BACHELORARBEIT**

**an der**

**HOCHSCHULE MITTWEIDA**

**UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES**

**Fakultät Soziale Arbeit**

**Mittweida, 2015**

**Erstprüfer: Prof. Dr. phil. Christoph Meyer**

**Zweitprüfer: Prof. Dr. rer. soc. Armin Wöhrle**

## Bibliographische Beschreibung:

Richter, Danny:

Zum Aufbau partizipativer Strukturen in Einrichtungen der stationären Kinder- und Jugendhilfe in Bayern. Das Beispiel des Heilpädagogisch- Psychotherapeutischen Kinder- und Jugenddorfs Martinsberg in Naila. 44 S.

Mittweida, Hochschule Mittweida (FH), Fakultät Soziale Arbeit,  
Bachelorarbeit, 2015

## Referat:

Die Bachelorarbeit befasst sich mit dem Aufbau und der Implementierung partizipativer Strukturen in Einrichtungen der stationären Kinder- und Jugendhilfe. Bezogen auf den Freistaat Bayern wird anhand gesetzlicher Richtlinien, fachlicher Empfehlungen und den Ergebnissen von Untersuchungen und Ausschüssen der aktuelle Sachstand ermittelt. An einem konkreten Beispiel wird der Grad der Umsetzung dargestellt und eine Evaluation der getroffenen Maßnahmen durchgeführt. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen dazu beitragen die formalen, einrichtungsinternen Partizipationsstrukturen weiterzuentwickeln und ein beteiligungsfreundliches Klima zu etablieren.

# Inhalt

<b>1. Einleitung</b>	5
<b>2. Zentrale Begriffe</b>	6
2.1 Partizipation	6
2.2 Stationäre Kinder- und Jugendhilfe	8
<b>3. Gesetzliche Grundlagen aus dem SGB VIII</b>	9
<b>4. Sozialpädagogische Einordnung des Partizipationsbegriffs in der Kinder- und Jugendhilfe</b>	12
<b>5. Die Entwicklung partizipativer Strukturen in Einrichtungen der stationären Kinder- und Jugendhilfe in Bayern</b>	15
5.1 Die Studie „Partizipation in der Heimerziehung“	15
5.2 „Fachliche Empfehlungen des Bayerischen Landesjugendhilfe- ausschusses zur Heimerziehung gemäß § 34 SGB VIII“ 2003	19
5.3 Die Ergebnisse des Ad-hoc-Ausschusses „Partizipation in der stationären Jugendhilfe“	20
5.4 Fortschreibung der „Fachlichen Empfehlungen zur Heimerziehung gemäß § 34 SGB VIII“ 2014	24
<b>6. Der Aufbau partizipativer Strukturen im Heilpädagogisch- Psychotherapeutischen Kinder- und Jugenddorf Martinsberg in Naila</b>	25
6.1 Einrichtungsbeschreibung	25
6.2 Die Einführung formaler Partizipationsstrukturen	26
6.3 Vorstellung der Konzeption „Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen im Kinder- und Jugenddorf Martinsberg und Schutz vor Gewalt“	29
6.4 Evaluation der bisherigen Maßnahmen	31

6.5 Vergleich der Konzeption mit der Evaluation und Vorschläge für die Weiterentwicklung.....	37
<b>7. Fazit.....</b>	<b>40</b>
<b>Quellenverzeichnis.....</b>	<b>42</b>
<b>Anhang.....</b>	<b>45</b>
 <b>Anlage1:</b> „Die Rechte von Kindern und Jugendlichen in Einrich- tungen der stationären Jugendhilfe in Bayern“ .....	 46
<b>Anlage 2:</b> Konzeption „Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen im Kinder- und Jugenddorf Martinsberg und Schutz vor Gewalt“ .....	 51
<b>Anlage 3:</b> Fragebogen für Kinder und Jugendliche zu Möglich- keiten der Beteiligung im Kinder- und Jugenddorf Martinsberg Teilauswertung 1: Kinder 8 – 10 Jahre.....	 56
<b>Anlage 4:</b> Fragebogen für Kinder und Jugendliche zu Möglich- keiten der Beteiligung im Kinder- und Jugenddorf Martinsberg Teilauswertung 2: Kinder 11 – 13 Jahre.....	 58
<b>Anlage 5:</b> Fragebogen für Kinder und Jugendliche zu Möglich- keiten der Beteiligung im Kinder- und Jugenddorf Martinsberg Teilauswertung 3: Jugendliche 14 – 19 Jahre.....	 60
<b>Anlage 6:</b> Fragebogen für Kinder und Jugendliche zu Möglich- keiten der Beteiligung im Kinder- und Jugenddorf Martinsberg Gesamtauswertung aller Kinder und Jugendlichen.....	 63
<b>Anlage 7:</b> Auswertung des Fragebogens für pädagogische Mitarbeiter zu Möglichkeiten der Beteiligung im Kinder- und Jugenddorf Martinsberg.....	 65

## 1. Einleitung

Gegenwärtig nimmt die Diskussion über die Rechte von Kindern und Jugendlichen auf internationaler und nationaler Ebene immer mehr Raum ein. Die Kinderechtskonvention der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1989 war und ist ein wichtiger Meilenstein zur Sicherung ihrer Rechte weltweit. Deutschland ratifizierte sie 1992, allerdings nur unter Vorbehalt. Dieser wurde schließlich 2010 zurückgenommen und so die Konvention vollständig akzeptiert. Im Zusammenhang mit den Rechten von Kindern und Jugendlichen ist auch ihre angemessene Beteiligung, an den sie betreffenden Entscheidungen anzusehen. In der stationären Kinder- und Jugendhilfe steht das Thema Partizipation, Sicherung der Rechte und Schutz vor Gewalt aktuell in der politischen und fachlichen Debatte.

Bereits Ende der 1960er Jahre kämpften linke Studenten im Rahmen der Heimkampagne für Reformen in westdeutschen Heimen, was auch anschließend langsam zu einigen Veränderungen und Verbesserungen führte. (vgl. Moch 2011, 623) Der Runde Tisch „Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren“ zeigte im Auftrag der Bundesregierung viele Missstände in Heimen der alten Bundesrepublik in diesem Zeitraum auf. Sexuelle Gewalt, Arbeitszwang und übertriebene Strafmaßnahmen gehörten in vielen Einrichtungen zum Alltag. Der Ausschuss setzte sich in seinem Abschlussbericht im Jahre 2010 für die Rehabilitation und eine finanzielle Entschädigung der Betroffenen ein. (vgl. AGJ 2010, 29 ff.) Infolgedessen wurde ein Entschädigungsfond für die Opfer eröffnet, bei welchem bis 2014 Entschädigungen beantragt werden konnten. Die Situation der Kinder und Jugendlichen in den Heimen der ehemaligen DDR war ebenfalls oft von vielen Repressionen und Unrecht geprägt. Es gab Spezialheime und Jugendwerkhöfe in denen mit Hilfe von Umerziehungsmaßnahmen sozialistische Persönlichkeiten erschaffen werden sollten. (vgl. Moch 2011, 623) Auch für diese Opfer gibt es einen Fond an den bis 2017 Anträge auf Entschädigung gestellt werden können.

Damit solche Missstände nicht wieder entstehen, wurden gesetzliche und fachliche Standards etabliert. Das benötigte viele Jahre der Diskussion und der Aufarbeitung alter Fehler. Wie werden diese Vorgaben in der Praxis umgesetzt? Wo bestehen noch Entwicklungsmöglichkeiten? In der folgenden Arbeit möchte ich nach der Erörterung von gesetzlichen und fachlichen Grundlagen, am spe-

ziellen Beispiel einer Einrichtung den bisherigen Grad der Umsetzung dort ermitteln und mit Hilfe der Daten einer einrichtungsspezifischen Evaluation anschließend Möglichkeiten zur Veränderung und Weiterentwicklung der Konzeption aufzeigen. Die Wahl dieses Beispiels erfolgte vor dem Hintergrund einer langjährigen Tätigkeit in dieser Einrichtung und meiner maßgeblichen, aktiven Beteiligung am Aufbau der vorhandenen Beteiligungsstrukturen und deren Umsetzung. Ich gehe davon aus, dass die Entwicklung einer langfristigen, von allen getragenen Beteiligungskultur prozesshaft verläuft, immer wieder hinterfragt und weiterentwickelt werden muss, um nicht zu stagnieren oder nur als scheinbare Beteiligung in ihrer Bedeutung zu verschwimmen.

## **2. Zentrale Begriffe**

### **2.1 Partizipation**

Partizipation bedeutet die Beteiligung der Menschen, an den für sie relevanten Entscheidungen. Damit stellt sie einen Grundpfeiler der demokratischen Gesellschaft dar. Es gibt zwei Formen der politischen Partizipation. Eine ist die institutionalisierte Partizipation in Form von Wahlen oder der Arbeit in Parteien und Ausschüssen. Die zweite Form ist die nicht institutionalisierte Form durch die Arbeit in Bürgerinitiativen oder die Teilnahme an Demonstrationen. Neue Möglichkeiten dieser nicht institutionalisierten Partizipation ergeben sich durch das Internet und die Nutzung sozialer Netzwerke. (vgl. Schnurr 2011, 1069) Der Partizipationsgedanke gehört in weiten Teilen der Bevölkerung Deutschlands zum staatsbürgerlichen Selbstverständnis, er geht weit über die Beteiligung an Wahlen hinaus und wird situations- und zielabhängig genutzt oder eingefordert. (vgl. Andersen, U. ,Wichard, W. 2003) Allerdings kann bürgerliche Beteiligung an Entscheidungen und in Institutionen in unterschiedlicher Ausprägung geschehen, um das zu veranschaulichen wurden verschiedene Modelle entwickelt. Ich möchte hier eines der ersten kurz vorstellen. Sherry Arnstein veröffentlichte 1969, im Zuge der Bürgerrechtsbewegung in der USA die „Ladder of Citizen Participation“.

Sie zeigt in einem dreistufigen Modell, mit mehreren Unterkategorien die Möglichkeiten von Nichtbeteiligung bis hin zu tatsächlicher Kontrolle durch die Bürger.

## **A Ladder of Citizen Participation**

„I. Nicht-Beteiligung:

1. Manipulation,
2. Therapie

II. Stufen der Scheinbeteiligung:

3. Information,
4. Konsultation / Beratung / Anhörung,
5. Beschwichtigung

III. Stufen einer Verortung der Macht bei den Bürgern

(„Citizen power“):

6. Partnerschaft (Beteiligung in Aushandlungssystemen),
7. Übertragung der Macht an die Bürger (Bürger besitzen selektive Entscheidungskompetenzen für bestimmte Planungsabschnitte / Programme),
8. Kontrolle durch Bürger“ “

(Arnstein 1969, 217, 222, zit. n. Schnurr 2011, 1074)

Aus dieser „Leiter der bürgerschaftlichen Partizipation“ ist sehr gut zu erkennen, dass es innerhalb des Partizipationsbegriffes unterschiedliche Abstufungen gibt,

welche auf die Unterschiede in der tatsächlich praktizierten Form hinweisen. In den verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ist Beteiligung möglich, findet aber in unterschiedlicher Ausprägung statt und kann sowohl politisch als auch rechtlich legitimiert werden.

## **2.2 Stationäre Kinder- und Jugendhilfe**

Die stationäre Kinder- und Jugendhilfe ist ein Teilbereich der Hilfen zur Erziehung. Hilfen zur Erziehung sind Unterstützungsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche, welche in belastenden Lebensumständen aufwachsen oder in ihrer Entwicklung beeinträchtigt sind. Sie sollen eine Erziehung zum Wohle der jungen Menschen fördern. (vgl. Moch 2011, 619)

Im Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII) werden verschiedenen Arten von Hilfen zur Erziehung benannt und in den Paragraphen 28 - 35 geregelt. Die dort genannten Hilfearten sind Erziehungsberatung (§ 28), Soziale Gruppenarbeit (§ 29), Erziehungsbeistandschaft (§ 30) Sozialpädagogische Familienhilfe (§ 31), Tagesgruppe (§ 32), Vollzeitpflege (§ 33), Heimerziehung (§ 34), sozialpädagogische Einzelbetreuung (§ 35). Die drei zuletzt genannten Hilfearten finden über Tag und Nacht und außerhalb der Familie statt und werden als stationäre Kinder- und Jugendhilfe bezeichnet. Die stationäre Unterbringung eines Kindes oder Jugendlichen außerhalb der Familie ist eine tief in das Familiensystem eingreifende Entscheidung. Aus diesem Grund und unter Berücksichtigung der hohen Kosten, werden in der Praxis häufig zuerst ambulante Maßnahmen geprüft und bevorzugt. Falls diese sich als nicht geeignet erweisen, oder das Wohl des Kindes ohne die stationäre Unterbringung deutlich gefährdet ist, wird diese Hilfeform vorgeschlagen. In einem Hilfeplanverfahren soll dann das zuständige Jugendamt mit den Eltern und dem Kind oder Jugendlichen gemeinsam entscheiden ob die Hilfeform angemessen, geeignet und notwendig ist.

2013 waren nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 69.203 Kinder und Jugendliche bundesweit in Heimen untergebracht. 67.812 befanden sich in der Vollzeitpflege und 3.525 in einer sozialpädagogischen Einzelbetreuung. Seit 2007 stieg die Zahl der in Heimen betreuten Kinder und Jugendlichen um 31,1%, die Anzahl der in Vollzeitpflege befindlichen Kinder und Jugendlichen stieg im gleichen Zeitraum sogar um 36,5%. Die Anzahl der Maßnahmen im



Rahmen der sozialpädagogischen Einzelbetreuung lag 2013 bei 3525. Hier schwanken die Zahlen jährlich um einen geringen Prozentsatz. (vgl. Statistisches Bundesamt 2014)

Das in dieser Arbeit als Beispiel ausgewählte Heilpädagogisch-Psychotherapeutischen Kinder- und Jugenddorfes Martinsberg, bietet stationäre Kinder- und Jugendhilfe in Form von Heimerziehung nach § 34 SGB VIII an.

### **3. Gesetzliche Grundlagen nach dem SGB VIII**

Die Rechte von Kindern werden in vielen Konventionen und Gesetzen, wie der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen, der Europäischen Konvention über die Ausübung der Rechte des Kindes oder dem Bundeskinderschutzgesetz beschrieben. Die gesetzliche Grundlage für jede Art von Hilfe zur Erziehung bildet das Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII). Deshalb möchte ich im Folgenden speziell darauf eingehen.

Im SGB VIII wird zunächst das Recht zur Entwicklung einer eigenständigen Persönlichkeit genannt. § 1 Abs.1 lautet: „Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.“ Das ist eine grundlegende Aussage. Die Entwicklung einer eigenständigen Persönlichkeit bedingt schließlich auch die Möglichkeit Entscheidungen zu treffen oder zumindest am Prozess der Entscheidungsfindung beteiligt zu werden, wenn diese das eigene Leben maßgeblich beeinflussen.

Im § 8 Abs.1 wird das dann auch deutlich verlangt: „Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen.“ Damit ist das Recht der Kinder und Jugendlichen auf Beteiligung an der Entscheidungsfindung, im Rahmen einer Maßnahme der öffentlichen Jugendhilfe, gesetzlich vorgeschrieben. Die Entscheidung selbst, trifft der Träger der örtlichen Jugendhilfe in Zusammenarbeit mit den Sorgeberechtigten.

In § 9 S.1 Nr. 2 werden dann die wachsenden Fähigkeiten und Bedürfnisse mit einbezogen: „Bei der Ausgestaltung der Leistungen und der Erfüllung der Aufgaben sind... 2. die wachsende Fähigkeit und das wachsende Bedürfnis des Kindes oder des Jugendlichen zu selbständigem, verantwortungsbewusstem Handeln sowie die jeweiligen besonderen sozialen und kulturellen Bedürfnisse und Eigenarten junger Menschen und ihrer Familien zu berücksichtigen.“ Das impliziert dann auch die Möglichkeit der betroffenen Personen, bei der Wahl der Hilfe und deren Ausgestaltung mitbestimmen zu können.

Dieses Wunsch- und Wahlrecht ergibt sich aus § 5. Abs. 1: „Die Leistungsberechtigten haben das Recht, zwischen Einrichtungen und Diensten verschiedener Träger zu wählen und Wünsche hinsichtlich der Gestaltung der Hilfe zu äußern. Sie sind auf dieses Recht hinzuweisen.“ In § 5 Abs. 2 S.1 heißt es weiter: „Der Wahl und den Wünschen soll entsprochen werden, sofern dies nicht mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden ist.“

Leistungsberechtigt sind nach § 27 meist die Eltern: „Ein Personensorgeberechtigter hat bei der Erziehung eines Kindes oder eines Jugendlichen Anspruch auf Hilfe (Hilfe zur Erziehung), wenn eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist.“

Ein Kind oder Jugendlicher kann auch selbst leistungsberechtigt sein. In § 35a Abs.1 Nr. 1, 2 heißt es dazu: „Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf Eingliederungshilfe, wenn

1. Ihre seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für ihr Lebensalter typischen Zustand abweicht und
2. daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist oder eine solche Beeinträchtigung zu erwarten ist.“

§ 34 regelt die Heimerziehung: „Hilfe zur Erziehung über Tag und Nacht (Heimerziehung) oder in einer sonstigen betreuten Wohnform soll Kinder und Jugendliche durch eine Verbindung von Alltagserleben mit pädagogischen und therapeutischen Angeboten in ihrer Entwicklung fördern.“ Heimerziehung nach diesem Paragraphen ist auf längere Zeit angelegt und hat die Verbesserung der

Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie und damit verbunden eine Rückkehr in diese zum Ziel. Falls das nicht möglich ist, wird die Vorbereitung auf die Erziehung in einer anderen Familie oder auf ein selbständiges Leben angestrebt.

Über Art und Umfang der Hilfe wird in einem Hilfeplanverfahren entschieden und auch dabei sind die Personensorgeberechtigten und die Adressaten der Hilfe, also die Kinder oder Jugendlichen zu beteiligen. § 36 Abs.1 S.1 regelt dazu Folgendes: „Der Personensorgeberechtigte und das Kind oder der Jugendliche sind vor der Entscheidung über die Inanspruchnahme einer Hilfe und vor einer notwendigen Änderung von Art und Umfang der Hilfe zu beraten und auf die möglichen Folgen für die Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen hinzuweisen.“ Weiter heißt es in § 36 Abs. 2 S.1 – 3: „Die Entscheidung über die im Einzelfall angezeigte Hilfeart soll, wenn Hilfe voraussichtlich für längere Zeit zu leisten ist, im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte getroffen werden. Als Grundlage für die Ausgestaltung der Hilfe sollen sie zusammen mit dem Personensorgeberechtigten und dem Kind oder dem Jugendlichen einen Hilfeplan aufstellen, der Feststellungen über den Bedarf, die zu gewährende Art der Hilfe sowie die notwendigen Leistungen enthält; sie sollen regelmäßig prüfen, ob die gewährte Hilfeart weiterhin geeignet und notwendig ist. Werden bei der Durchführung der Hilfe andere Personen, Dienste oder Einrichtungen tätig, so sind sie oder deren Mitarbeiter an der Aufstellung des Hilfeplans und seiner Überprüfung zu beteiligen.“

Der Hilfeplan ist das entscheidende Instrument zur Kontrolle ob die Hilfe tatsächlich geeignet und notwendig ist. In ihm wird über die weitere Ausgestaltung der Hilfe bestimmt und es werden Aufträge für den Leistungserbringer und Zielstellungen für den Adressaten oder die Personensorgeberechtigten formuliert. Hilfeplankonferenzen finden in der Regel zu Beginn, am Ende und wenn die Hilfe auf einen längeren Zeitraum angelegt ist, etwa halbjährlich während ihrer Dauer statt. Daran sind alle an der Ausgestaltung der Hilfe mitwirkenden Personen zu beteiligen, der Adressat, der Personensorgeberechtigte, Vertreter des Leistungserbringers, eventuell Vertreter der Schule und Therapeuten und der verantwortliche Sachbearbeiter des Jugendamtes. Dadurch soll eine multiper-

spektivische, fachliche Sicht und eine angemessene Beteiligung der betroffenen Personen gewährleistet werden.

Jede Einrichtung zur Betreuung von Kindern und Jugendlichen benötigt eine Betriebserlaubnis. Die Voraussetzungen zu ihrer Erteilung ergeben sich aus § 45 und darin wird die Schaffung von Möglichkeiten zur Beteiligung und Beschwerde für Kinder und Jugendliche vorgeschrieben. In § 45 Abs. 2 S.1, 2 Nr. 3 steht dazu: „Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn das Wohl der Kinder und Jugendlichen in der Einrichtung gewährleistet ist. Dies ist in der Regel anzunehmen, wenn... 3. Zur Sicherung von Kindern und Jugendlichen in der Einrichtung geeignete Verfahren der Beteiligung sowie der Möglichkeit der Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten Anwendung finden.“

In § 79a S. 2, 3 zur Qualitätsentwicklung in der Kinder und Jugendhilfe wird die Sicherung der Rechte von Kindern explizit benannt und als Qualitätsmerkmal herausgestellt: „Dazu zählen auch Qualitätsmerkmale für die Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen und ihren Schutz vor Gewalt. Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe orientieren sich dabei an den fachlichen Empfehlungen der nach § 85 Absatz 2 zuständigen Behörden und an bereits angewandten Grundsätzen und Maßstäben für die Bewertung der Qualität sowie Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung.“

#### **4. Sozialpädagogische Einordnung des Partizipationsgedankens in der Kinder- und Jugendhilfe**

In der Sozialen Arbeit bedeutet Partizipation vor allem die Beteiligung der Klienten an Entscheidungen über Bedarfe, Angebote und die Wahlfreiheit in Bezug auf die Leistungserbringung. (vgl. Schnurr 2011, 1069) Das wird in Gesetzen, zum Beispiel dem SGB VIII, geregelt und garantiert, aber auch auf politischer Ebene diskutiert. Partizipation wird als eine wesentliche Strukturmaxime im Kontext einer lebensweltorientierten Jugendhilfe bereits im „Achten Jugendbericht der Bundesregierung“ eingefordert. „Wenn lebensweltorientierte Jugendhilfe darauf hinzielt, daß Menschen sich als Subjekte ihres eigenen Lebens erfahren, ist Partizipation eines ihrer konstituiven Momente.“(BMJFFG 1990, 88)

Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass Freiwilligkeit zum Grundprinzip und Nicht-Freiwilligkeit zur begründeten Ausnahme werden muss. (vgl. BMJFFG 1990, 89) Acht Jahre später wird das Thema im „Zehnten Jugendbericht der Bundesregierung“ wieder aufgegriffen und noch einmal thematisiert. Die Kommission empfahl, die Möglichkeiten aus dem SGB VIII weiter auszubauen und zu institutionalisieren. Die Umsetzung der Partizipationsbemühungen in der Kinder- und Jugendhilfe sollen verstärkt und unterstützt werden. (vgl. BMFSFJ 1998, 185) Der „Elfte Jugendbericht der Bundesregierung“ beschreibt: „Aus dem Verhältnis von Jugend und Gesellschaft prägenden Widersprüchen erwächst daher ein zentraler gestalterischer Auftrag für Jugendpolitik und Jugendhilfe: Sie haben die Aufgabe, zur Teilhabe aller jungen Menschen an der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung beizutragen, ihre Bedürfnisse, Hoffnungen, Ängste und Probleme in die gesellschaftliche und politische Debatte um die Zukunft unseres Gemeinwesens einzubringen, gemeinsam mit ihnen die Interessen der nachwachsenden Generation in einer im Wandel begriffenen Gesellschaft zu vertreten und eine politisch wirksame Beteiligungskultur zu initiieren.“ (BMFSFJ 2002, 197) Weiterhin wird, bezugnehmend auf eine lebensweltorientierte Jugendhilfe, die Ausweitung der Beteiligungsstrukturen für die AdressatInnen angeregt. Die Aufnahme dieser Strukturen in Planungs- und Handlungskonzepte werden als zentrale Aufgabe gesehen, da Beteiligung als ausschlaggebende Ressource für den Erfolg einer Maßnahme verantwortlich ist. (vgl. BMFSFJ 2002, 197)

Um Kinder und Jugendliche zu eigenverantwortlichen, gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu erziehen, wie es im Gesetz gefordert ist, müssen sie sich selbst und ihre Eigenheiten kennen. „Beteiligung ist auch die Voraussetzung für Verstehen, Einsicht und Lernen und der Entwicklung einer eigenständig handelnden und selbstbestimmten Person, die ihr Leben verantwortlich gestalten und planen kann.“ (Wolff, Hartig 2013, 36) Dafür benötigen sie viele Möglichkeiten sich auszuprobieren, ihre Grenzen und Fähigkeiten zu erforschen. Wenn wir das Kind als Experten seines eigenen Lebens begreifen, setzt das auch Vertrauen in seine Fähigkeiten voraus. Vertrauen darin, dass es in der Lage ist, eigene Ideen und Lösungsstrategien zu entwickeln. In einer demokratisch partnerschaftlichen Erziehung kann man diese dann aufgreifen. Über den Prozess

der gemeinsamen Entscheidungsfindung mit Gleichaltrigen oder der argumentativen Auseinandersetzung mit Regeln und Vorgaben seitens der Betreuungspersonen besteht für Kinder und Jugendliche die Möglichkeit aktiv mitzugestalten. (vgl. ebd., 36) Soziale Fähigkeiten können trainiert und Wertvorstellungen die zu einem positiven Zusammenleben beitragen entwickelt werden. Über Beteiligung werden prosoziale Verhaltensweisen und Fähigkeiten erlernt und eingeübt. Kinder und Jugendliche können nicht nur ihre Meinungen, sondern auch ihre Stärken in die Gemeinschaft einbringen. Gleichberechtigtes Mitwirken trägt zu einem respektvolleren Umgang und einer Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls bei. Die Fähigkeit sich einzumischen und durchzusetzen wird ebenso gestärkt, wie Toleranz, Rücksichtnahme oder die Übernahme von Verantwortung für andere. (vgl. ebd., 37) „Durch aktive Beteiligung lernen Kinder und Jugendliche demokratische gewaltfreie Aushandlungsprozesse kennen, die ein friedliches Zusammenleben fördern.“(ebd., 37)

In der Geschichte der Heimerziehung kam es leider immer wieder zu Machtmissbrauch. Es wurden unter anderem Fälle von körperlichen Züchtigungen oder sexueller Gewalt gegenüber Schutzbefohlenen aufgedeckt. In diesem Zusammenhang können Beteiligungsstrukturen und Beschwerdemöglichkeiten als Schutzfaktoren für die Kinder und Jugendlichen gesehen werden. Ein Klima in dem sie angstfrei ihre Meinung sagen und das ihnen die Möglichkeit zur Beschwerde bietet, verringert das Risiko solcher Übergriffe und stärkt ihre Position. (vgl. ebd., 37)

Es ist zu erkennen, daß Partizipation in der Kinder- und Jugendhilfe einen hohen Stellenwert in der fachlichen Diskussion einnimmt und mit dem SGB VIII die rechtlichen Voraussetzungen zur praktischen Umsetzung geschaffen wurden. Die pädagogischen Begründungen sind nachvollziehbar und einleuchtend. Allerdings kommt die Umsetzung in der Praxis der stationären Einrichtungen nur langsam voran.

## **5. Die Entwicklung partizipativer Strukturen in Einrichtungen der stationären Kinder- und Jugendhilfe in Bayern**

### **5.1 Die Studie „Partizipation in der Heimerziehung“**

Obwohl die im vorigen Kapitel beschriebenen sozialpädagogischen Erkenntnisse und rechtlichen Voraussetzungen zum Teil schon zu Beginn der 1990er Jahre geschaffen wurden, ging deren praktische Umsetzung in den Einrichtungen nur schleppend voran. Im Jahr 2003 gab das Bayerische Landesjugendamt eine Studie zum Thema „Partizipation in der Heimerziehung“, kurz „PartHe“-Studie in Auftrag. Die explorative Studie untersuchte in zehn Einrichtungen der Heimerziehung in Bayern die Möglichkeiten der Partizipation für Kinder und Jugendliche. Es wurden Bewohner, Mitarbeiter und Heimleitungen befragt. Durch die geringe Anzahl der befragten Einrichtungen hatte die Studie natürlich keinen repräsentativen Charakter. Sie war eher eine exemplarische Darstellung möglicher Zusammenhänge zwischen den Rahmenbedingungen einer Einrichtung und den Partizipationsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen sowie deren Betreuer/Innen. (vgl. Babic, Legenmayer 2003, 25) Die Ergebnisse zeigten aber einen starken Entwicklungsbedarf der Beteiligungsmöglichkeiten in den stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. Die „PartHe“-Studie ist aus meiner Sicht der Ausgangspunkt für viele Bemühungen des Bayerischen Landesjugendamtes in diesem Bereich und soll deshalb hier etwas ausführlicher dargestellt werden.

Gruppenabende gab es in allen untersuchten Einrichtungen, die Termine dafür wurden von den Betreuern festgelegt und die Abstände ihrer Durchführung lagen zwischen wöchentlichen Zusammenkünften und unregelmäßigen Treffen im Zeitraum von ein bis zwei Monaten. „Thematisiert werden dabei häufig Verhaltensweisen der Bewohner, die Freizeitgestaltung, interne Konflikte oder Gruppenregeln. Die Gruppenabende sind jedoch in der Regel kein Forum, in dem diese Regeln beschlossen bzw. verändert werden könnten...“ (ebd., 28) Der Ablauf der Gruppenabende folgte selbst, innerhalb der gleichen Einrichtung oder der gleichen Altersgruppe, keinem festen Procedere und war stark von der Person des durchführenden Mitarbeiters geprägt. Die Bewohner hatten zwar die Möglichkeit, eigene Ideen einzubringen und zu argumentieren, aber die Ent-

scheidung trafen die Fachkräfte. Nur im Freizeitbereich gab es mehr Möglichkeiten sich an den Entscheidungen zu beteiligen, teilweise aber auch hier nur in Form der Wahl einer von den Betreuern vorgegebenen Alternative (vgl. ebd., 29). Wenn ich die „Ladder of Citizen Participation“ als Bewertungskriterium heranziehe, komme ich im Fall der Gruppenabende nicht über die Stufe der Scheinbeteiligung hinaus. Beteiligung erfolgt meist nur als Information, Konsultation oder Anhörung.

Gruppensprecher, als von den Kindern und Jugendlichen gewählte Vertreter, fanden sich nur in der Hälfte der Einrichtungen. Ihre Aufgabenstellung wird als diffus und nur selten klar geregelt dargestellt. „Sie werden meistens von den Wohngruppen selbst vorgeschlagen und demokratisch gewählt. Gelegentlich werden sie aber auch von den Mitarbeitern ohne Rücksprache mit den anderen Bewohnerinnen und Bewohnern dazu bestimmt, was die Haltung der Kinder und Jugendlichen gegenüber ihren Partizipationsmöglichkeiten stark beeinträchtigen kann.“ (ebd., 30) Die Bestimmung des Gruppensprechers durch das Betreuungspersonal widerspricht dem Demokratieverständnis und zeigt ganz klar von Machtstrukturen geleitete Denkweisen. Die eingesetzten Sprecher werden kaum Rückhalt in der Gruppe erhalten, sondern eher als Marionetten der Erzieher gesehen und eventuell dadurch ausgegrenzt. Selbst wenn eine demokratische Wahl stattgefunden hat und die Kompetenzen und Aufgaben nicht klar geregelt sind, scheint der gewählte Vertreter nicht mehr als eine Alibifunktion zu haben. In Verbindung mit der „Ladder of Citizen Participation“ komme ich bei einem von den Betreuern bestimmten Gruppensprecher über die Stufe der Nichtbeteiligung in Form von Manipulation nicht hinaus. Selbst bei gewählten Vertretern mit unklarer Aufgabenstellung ist es nur Scheinbeteiligung im Bereich Anhörung, Konsultation oder Beschwichtigung.

Ein gruppenübergreifender Heimrat existierte ebenfalls in der Hälfte der untersuchten Einrichtungen. Die Sitzungen der Heimräte fanden zwischen monatlich und ein bis zweimal im Jahr statt, in den meisten Fällen nahmen daran die Heimleitung und die gewählten Vertreter der Gruppen teil. Die Existenz des Heimrates war in der Konzeption oder der Satzung verankert. Eigene selbsterarbeitete Satzungen oder Geschäftsordnungen der Heimräte wurden nur teilweise vorgefunden. Über die Entscheidungskompetenzen der Heimräte geht



nur wenig aus der Studie hervor. Es wird lediglich erwähnt das dort über gruppenübergreifende Themen gesprochen wird, zum Beispiel über die Gestaltung der Einrichtung. Gut beteiligt und ernst genommen fühlten sich die meisten Mitglieder der Heimräte selbst, auch wenn die Entscheidungen letztendlich von Erwachsenen getroffen wurden. Die Strahlwirkung der Heimräte nach außen wird jedoch als gering angesehen, die anderen Bewohner sowie die unbeteiligten Betreuer stehen diesen eher mit Desinteresse gegenüber. (vgl. ebd., 30) Vermutlich fehlt es an dieser Stelle noch an mehr Transparenz und Information. Allerdings „...kann hier festgehalten werden, das die Kinder und Jugendlichen hier in der Regel noch am Entscheidungsprozess unmittelbar beteiligt sind (meistens findet dieser auch primär zwischen Heimleitung und Bewohnern statt) und scheinbar auch öfter als bei den Gruppenabenden die entsprechenden Ergebnisse nachvollziehen und mittragen können. Die Heimratsmitglieder sind zudem in der Regel auch an der Umsetzung der getroffenen Entscheidungen direkt beteiligt...“ (ebd., 31) Da die Entscheidungskompetenzen der Heimräte nur undeutlich umrissen sind, es große Unterschiede zwischen den Einrichtungen gibt und die letzte Entscheidung, wie beschrieben die Heimleitung trifft, ist hier eine Einstufung nur schwer möglich. Sie schwankt zwischen Beratung, Konsultation, Anhörung aber auch einer Stufe höher der partnerschaftlichen Beteiligung in Aushandlungssystemen.

Heimratsbetreuer existierten nur in zwei Einrichtungen, in einem Fall wurden sie direkt von den Kindern und Jugendlichen gewählt. Ihre Aufgabe war nicht genau definiert. Sie sollten den Bewohnern als Ratgeber zur Verfügung stehen und den Heimrat unterstützen. Ihre Position wird als schwierig, aber wichtig beschrieben. Sie sollten zum einen die Partizipation vorantreiben und als Vermittler dienen, zum anderen wurden sie und ihre Aufgabe von anderen Mitarbeitern in Frage gestellt. Durch die ungenaue Definition ihres Auftrages entwickelte sich auf Seiten der Heimratsbetreuer selbst ein ambivalentes Verhältnis zu ihrer Position und unbewusste partielle Überforderung. (vgl. ebd., 31 f.)

In zwei Einrichtungen existierten Kinder- und Jugendkonferenzen für alle Bewohner, diese dienten aber nur dem Informationsaustausch und wurden von Heimleitung oder Fachdienst geleitet. In einer Einrichtung gab es ein Schiedsgericht, bei welchem die Kinder und Jugendlichen über Sanktionierungen mit-

entscheiden konnten. Die letzte Einberufung des Schiedsgerichts lag allerdings soweit zurück, dass keiner von den aktuellen Bewohnern an dem Verfahren teilgenommen hatte. (vgl. ebd., 32)

Allgemein erklärten die Mitarbeiter, der Gruppenalltag sei demokratisch geregelt und wenn nötig könnten die Betreuer direkt angesprochen werden. Aus diesem Grund seien formale Partizipationsstrukturen nicht notwendig. Dort wo es sie gab, wurden sie meist von der Heimleitung eingeführt. Viele Mitarbeiter wussten nur wenig über die existierenden Modelle. (vgl. ebd., 35 f.) „Das Fehlen von Beteiligungsstrukturen wurde übrigens am häufigsten mit deren angeblicher Unvereinbarkeit mit dem Erziehungsauftrag der Einrichtung, mit der Unvereinbarkeit mit dem pädagogischen Konzept der Einrichtung oder schlicht mit den psychosozialen Defiziten der Klientel begründet, dass zu verantwortungsvoller Partizipation letztlich schlicht nicht in der Lage sei.“ (ebd., 33)

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass sich die Beteiligungsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen auf das Recht Wünsche und Meinungen zu äußern beschränkt, Mitsprache ist keine Selbstverständlichkeit. Schlecht vorbereitet und informiert konsumieren sie Partizipation statt sie zu gestalten. Die Betreuer sind wenig daran interessiert tatsächliche Mitsprache im Heimalltag zu ermöglichen, sondern sehen sie als Übungsfeld für Sozialverhalten ohne Konsequenzen oder setzen sie als Scheinbeteiligung ein. (vgl. ebd., 36 f.)

Infolge der „PartHe“-Studie veranlasste das Bayerische Landesjugendamt 2004 eine quantitative Befragung in 302 Einrichtungen der stationären Kinder- und Jugendhilfe in Bayern durch das Deutsche Jugendinstitut (DJI). „Die Auswertung der Vollerhebung durch das Deutsche Jugendinstitut ergab, dass nur etwa die Hälfte der befragten Einrichtungen ein Mitbestimmungsgremium und lediglich nur vier Prozent Mitbestimmungsgremien sowohl auf Gruppenebene als auch auf Einrichtungsebene hatten. Lediglich elf Prozent der Einrichtungen hatten ein Gremium, das von den Kindern und Jugendlichen selbst gewählt wurde und dessen Mitglieder auch eine Schulung erhalten hatten.“ (Zeh-Hauswald 2013, 2) Diese Erhebung bestätigte die Ergebnisse der „PartHe“-Studie und wies auf einen erheblichen Entwicklungsbedarf in Bezug auf die Beteiligungsstrukturen in den Einrichtungen hin.

## **5.2 „Fachliche Empfehlungen des Bayerischen Landesjugendhilfeausschusses zur Heimerziehung gemäß §34 SGB VIII“ 2003**

In den „Fachlichen Empfehlungen zur Heimerziehung gemäß §34 SGB VIII“ greift das Bayerische Landesjugendamt 2003 das Thema Partizipation auf und spricht sich für den Aufbau von Beteiligungsstrukturen in der Heimerziehung aus. Unter dem Punkt „Leitlinien zur pädagogischen Aufgabenstellung“ werden grundlegende Rechte von Kindern und Jugendlichen verankert.

„2.1.3 Die Grundrechte sind Kindern und Jugendlichen in der Heimerziehung uneingeschränkt und unabhängig von Alter und Einsichtsfähigkeit zu garantieren. Mit der Aufnahme eines Kindes oder Jugendlichen in ein Heim als Hilfe zur Erziehung nach § 34 SGB VIII werden keine grundrechtsbeschränkenden Sachverhalte begründet.“(BLJA 2003) Im weiteren Text werden Förderung und Aufbau partizipativer Strukturen und Beschwerdemöglichkeiten als Eckpunkte der pädagogischen Arbeit definiert. Es sollen in den Einrichtungen Interessenvertretungen von Kinder und Jugendlichen zugelassen und unterstützt werden. Der Aufbau von Beteiligungsgremien, wie Heimräten die den Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit der Mitarbeit in den Angelegenheiten des Heimalltags bieten, soll gefördert werden.

Weiter wird das Recht auf Beschwerde benannt. Kinder und Jugendliche sollen die Möglichkeit erhalten, sich innerhalb der Einrichtung oder beim zuständigen Jugendamt beschweren zu können. Falls das nicht ausreicht können sie sich an die aufsichtsführende Behörde, also die Heimaufsicht wenden. (vgl. ebd.)

In Kapitel drei werden die Qualitätsmerkmale im Hilfeverlauf festgelegt, auch dort sind Beteiligungsmöglichkeiten für die Eltern und die Adressaten als notwendiges und entscheidendes Erfolgskriterium beschrieben.

„3.2.3.1 Die rechtzeitige und umfassende Beteiligung der Angehörigen und vor allem des Kindes oder Jugendlichen selbst sind maßgeblich für den Erfolg einer jeden Hilfeleistung. Der Motivationsarbeit bei den Hilfeempfängern kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Von Bedeutung ist eine wertschätzende Haltung gegenüber den Leistungsbetroffenen als Experten in eigener Sache.“ (BLJA 2003)

Weiter heißt es: „3.5.2.4 Das Leben in der Wohngruppe fordert vom Einzelnen die Auseinandersetzung mit Gemeinschaftsverantwortung, Mitbestimmung, Regeln, Rechten, Pflichten, Grenzen, Rollenzuschreibung und -findung.“(BLJA 2003)

„Die fachlichen Empfehlungen zur Heimerziehung gemäß § 34 SGB VIII“ stellen eine verbindliche Orientierung für alle an der Heimerziehung Beteiligten dar und werden vom Landesjugendhilfeausschuss beschlossen, auf ihre Wirkung hin evaluiert und fortgeschrieben. 2003 wurden sie erstmalig verabschiedet und 2010 überprüft. Bei dieser Evaluation gaben 110 stationäre Einrichtungen der Kinder und Jugendhilfe, 47 Jugendämter, drei Bezirksregierungen, drei Träger- und Fachverbände und eine regionale Entgeldkommission ihre Einschätzung über den praktischen Wert der fachlichen Empfehlungen ab. Der Nutzen wurde bestätigt. (vgl. BLJA 2014, 9)

Im Rahmen dieser Evaluation wurden die stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe gleichzeitig nach den bei ihnen vorhandenen Partizipationsmöglichkeiten befragt. Es war eine deutliche Zunahme von beteiligungsfreundlichen Strukturen zu erkennen. In 93% der Einrichtungen fanden Gruppenabende statt,

51 % hatten Gruppensprecher,

50% hatten eine Kinder- und Jugendkonferenz.

In jeder zweiten Einrichtung gab es ein konzeptionell beschriebenes Beschwerdemanagement, in jeder fünften existierte ein Heimrat einschließlich Heimratsbetreuer und drei Viertel gaben an die Kinder und Jugendlichen an der Gestaltung des Gruppenalltags zu beteiligen.(vgl. Zeh-Hauswald 2013, 3)

### **5.3 Die Ergebnisse des Ad-hoc Ausschusses „Partizipation in der stationären Jugendhilfe“**

2010 fasste der Landesjugendhilfeausschuss den Beschluss zum Aufbau von Beteiligungsstrukturen in Einrichtungen der stationären Jugendhilfe und bildete den Ad-hoc-Ausschuss „Partizipation in der stationären Jugendhilfe“. Dieser erhielt den Auftrag vorhandene Informationen auszuwerten und gesetzliche sowie fachliche Grundlagen zu erarbeiten. Ebenso sollte er überregionale Veran-

staltungsformate vorbereiten und realisieren. Damit hatte der Landesjugendhilfeausschuss eine klare Zielstellung vorgegeben. Es sollten landesweit nachhaltige und begleitete Partizipationsstrukturen sowie ein Beschwerdemanagement in den Einrichtungen der stationärer Kinder- und Jugendhilfe eingeführt werden. In der 121. Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses, im Juli 2012, legte der Ad-hoc-Ausschuss seinen Abschlussbericht vor. Er rät dazu Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in Leitbildern, Konzeptionen und Leistungsbeschreibungen fest zu verankern. Bei der Erarbeitung dieser Konzepte sind die einrichtungsspezifischen Gegebenheiten zu berücksichtigen, da sich beispielsweise die Situation in einer Familienwohngruppe nicht mit der in einem Großheim vergleichen lässt. Die Strukturen sollen gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen entwickelt werden. Um eine gelebte Beteiligungskultur zu erreichen, sind auf Mitarbeiterebene Möglichkeiten der Fortbildung, Supervision und Selbstreflexion zu schaffen. Der Ausschuss setzte sich für die Gründung eines Landesheimrates ein und dafür diesen fachlich und finanziell zu unterstützen und auf Dauer zu installieren. (vgl. BLJA 2013) In der gleichen Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses werden im Zusammenhang mit der Arbeit des Ausschusses zwei wichtige Beschlüsse verabschiedet.

Zum einen „Die Rechte von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen der stationären Jugendhilfe in Bayern“, als Rechtekatalog, der sich hauptsächlich auf die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen und das SGB VIII stützt. Im allgemeinen Teil heißt es da u.a.: „Die Rechte von Kindern und Jugendlichen gelten bedingungslos. Grundsätzlich finden Individualrechte ihre Grenzen dort, wo die Rechte anderer Menschen beginnen. In Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe ist es daher Aufgabe aller Beteiligten, dafür zu sorgen, dass die individuellen Rechte aller Kinder, Jugendlichen und Mitarbeiter/-innen/Erwachsenen gewahrt sind und das Wohl aller berücksichtigt und nicht beeinträchtigt wird.“(BLJA 2012b)

Das Recht auf Beteiligung ist dann im konkreten Teil noch einmal als eigener Punkt benannt, dabei wird auf die Pflicht der Einrichtungen hingewiesen die nötigen Voraussetzungen zu schaffen und verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten werden aufgeführt. „Kinder und Jugendliche haben das Recht auf Beteiligung. Die Einrichtung, in der sie leben, hat die Pflicht, geeignete Verfahren der

Beteiligung zu entwickeln und anzuwenden (vgl. § 45 SGB VIII). Beteiligung/Partizipation ist das zentrale Prinzip der Demokratie. Eine moderne Erziehung, die von diesem Prinzip geleitet ist, unterstützt eine möglichst große Selbstbestimmung des jungen Menschen. In der Einrichtung sollen junge Menschen u. a. bei Entscheidungen über

- Gestaltung und Ausstattung von Räumlichkeiten
- Wahrung der Privat-und Intimsphäre
- Übernahme von Verpflichtungen im Rahmen des Heimlebens
- Freizeitgestaltung
- Kontakte innerhalb und außerhalb des Heims
- Besuchsregelungen
- Urlaub
- Umzüge
- die Weiterentwicklung der Beteiligungs- und Beschwerdemöglichkeiten beteiligt werden.“ (BLJA 2012b)

Weitere Rechte sind u.a. Schutz und Prävention, Hilfeplanung, Bildung, Gleichberechtigung usw.. (vgl. Anlage 1)

Der zweite, wichtige Beschluss, war die „Handreichung für den Aufbau und die Verankerung institutioneller Partizipationsmöglichkeiten und -formen in stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe“. Diese gibt Anregungen und Erkenntnisse weiter und soll als Arbeitshilfe für Leitungs- und Fachkräfte dienen. Im ersten Teil werden Prinzipien und Bedingungen aufgegriffen und verankert, ohne die eine echte Beteiligung nicht gelingen würde. Transparenz spielt dabei eine wichtige Rolle. Nur wenn alle Kinder, Jugendlichen und BetreuerInnen über die Beteiligungs- und Beschwerdemöglichkeiten informiert sind, können sie auch angewandt werden. Durch Schulung und Qualifikation sollen die bereits vorhandenen Verfahren nutzbar gemacht werden. Besonders wichtig ist dies für die Heimräte und deren BeraterInnen.

Vor allem die Betreuer/Innen stellt die Forderung, dass alle Themen beteiligungsfähig sind, vor neue Aufgaben, denn meist sind es die Fachkräfte die vorgeben bei welchen Themen Mitsprache durch die Kinder und Jugendlichen erwünscht und erlaubt sind. Auch der Gedanke, daß von gelingender Beteiligung alle profitieren können, ist noch lange nicht bei allen Fachkräften etabliert. Da Beteiligung jedoch ein ressourcenförderndes, auf Kooperation bauendes Konzept ist, kann dadurch ein auf die ganze Einrichtung, alle Kinder und Jugendlichen sowie alle Betreuer/Innen ausgerichtetes Gemeinschaftsgefühl entstehen. Die Entwicklung und Verankerung von Beteiligungsstrukturen verläuft als gemeinsamer Prozess. Dabei sind die einrichtungsspezifische Situation, sowie die besondere Lebenssituation der dort wohnenden Kinder und Jugendlichen zu berücksichtigen. (vgl. BLJA 2012a)

Ebenso wichtig ist es, den Prozess immer wieder zu evaluieren und aufgrund der gewonnenen Ergebnisse die Strukturen anzupassen oder zu verändern. Das Engagement sich zu beteiligen ist Veränderungen unterworfen und verläuft phasenhaft. Es wird von verschiedenen Faktoren, wie dem Wechsel der Gruppensprecher, anstehenden schulischen Leistungsnachweisen, aber auch gelungenen Projekten oder Rückschlägen beeinflusst. Beteiligungsprozesse verlaufen aufgrund ihres Aushandlungscharakters ergebnisoffen. Es ist im Voraus nicht planbar welche Entscheidung am Ende getroffen wird. Das setzt Offenheit aber auch eine Kultur der Fehlerfreundlichkeit besonders auf Seiten der Einrichtungsleitung und der Betreuer/Innen voraus. Fehler sind nicht Ausdruck menschlicher Schwächen sondern ein Teil des täglichen Lebens. Es kommt nicht darauf an sie zu vermeiden sondern offen mit ihnen umzugehen und aus ihnen zu lernen. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen kann nur gelingen, wenn die beschäftigten Fachkräfte und die Einrichtungsleitung dieser Form der demokratischen Alltagsbewältigung eine positive innere Haltung entgegenbringen. Das schließt betriebliche Mitbestimmung der Betreuer/Innen mit ein, wenn diese sich beteiligt und wertgeschätzt fühlen, wird auch innerhalb der gesamten Einrichtung ein beteiligungsfreundliches Klima entstehen. Beteiligung soll einen im Alltag selbstverständlicher und akzeptierter Bestandteil der pädagogischen Arbeit darstellen. Die Einführung formaler Verfahren ist nicht genug, sie müssen im täglichen Miteinander mit Leben gefüllt werden. (vgl. BLJA 2012a)

Teil Zwei der Handreichung beschreibt dann gängige Beteiligungsverfahren wie Gruppengespräch, Gruppensprecher, Heimrat, Kummerkasten usw., um aus diesen Vorschlägen einrichtungsspezifisch geeignete Möglichkeiten zu wählen oder sie als Anregung zu sehen um eigene Verfahren daraus zu entwickeln.

#### **5.4 Fortschreibung der „Fachlichen Empfehlungen zur Heimerziehung gemäß §34 SGB VIII“ 2014**

Im März 2014 wurde vom Bayerischen Landesjugendhilfeausschuss die Fortschreibung der „Fachlichen Empfehlungen zur Heimerziehung gemäß §34 SGB VIII“ beschlossen. In den „Leitlinien zur pädagogischen Aufgabenstellung“ nehmen die Grundrechte junger Menschen und die Möglichkeiten der Partizipation und Beschwerde wieder einen hohen Stellenwert ein. Im Vergleich zur Version von 2003 in welcher nur von Förderung und Unterstützung einer Interessenvertretung der Kinder und Jugendlichen gesprochen wird, stehen die Einrichtungen jetzt in der Pflicht solche zu installieren. In diesem Zusammenhang soll auch der Aufbau von einrichtungsspezifischen Interessenvertretungen für Kinder und Jugendliche von Seiten der Einrichtungsleitung und den Fachkräften nachhaltig unterstützt werden. (vgl. BLJA 2014, 13)

Als Möglichkeit zur Vernetzung wird auf den 2013 in Ippsheim gegründeten Landesheimrat verwiesen. Seiner Beschreibung wird sogar ein eigener Absatz gewidmet, was den politischen Stellenwert dieser Institution unterstreicht. „Der Landesheimrat Bayern ist ein selbst organisiertes Gremium auf Landesebene und setzt sich für die Wahrnehmung der Rechte von Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen in Einrichtungen der stationären Kinder- und Jugendhilfe in Bayern ein. Sein vorrangiges Ziel ist neben der Vertretung deren Interessen das Hinwirken auf eine möglichst wirkungsvolle, gelebte Beteiligung in den stationären Jugendhilfeeinrichtungen.“ (ebd., 13)

Bei den Beschwerdemöglichkeiten wird man auch deutlicher als 2003. Kinder und Jugendliche haben nicht nur das Recht darauf, sondern von den Einrichtungen wird nun direkt verlangt geeignete Verfahren zu installieren. (vgl. ebd., 13) Im Rahmen der Qualitätsmerkmale im Hilfeverlauf greift man bei dem Thema Beteiligung ohne deutliche Änderungen auf die Kriterien der Fachlichen Empfehlungen von 2003 zurück.



## **6. Der Aufbau partizipativer Strukturen im Heilpädagogisch- Psychotherapeutischen Kinder- und Jugenddorf Martinsberg in Naila**

### **6.1 Einrichtungsbeschreibung**

„Das heilpädagogisch-psychotherapeutische Kinderdorf Martinsberg ist eine differenzierte Jugendhilfeeinrichtung, in der Kinder, Jugendliche und junge Volljährige weiblichen oder männlichen Geschlechts vollstationäre Hilfe zur Erziehung angeboten wird.“ (Diakoniewerk Martinsberg 2014) Es befindet sich etwas außerhalb der Stadt Naila und ist umgeben von Wiesen und Feldern. Das Kinderdorf besteht aus sieben Gruppenhäusern mit unterschiedlicher Ausrichtung und eigener Konzeption, zum Beispiel die Kinderwohngruppe, die Mädchenwohngruppe, die Jugendwohngruppe, oder die beiden intensivtherapeutischen Wohngruppen mit der Spezialisierung auf Autismus sowie der Spezialisierung auf Traumatisierung und Bindungsstörung. Nachbetreuung von älteren Jugendlichen in der eigenen Wohnung gehört ebenfalls zu den Leistungen.

Die Gruppen sind alle voll belegt, in den beiden Intensivtherapeutischen Gruppen wohnen jeweils 7 Kinder oder Jugendliche und in den anderen Gruppen jeweils 9 Kinder und Jugendliche. Insgesamt leben im Kinderdorf zurzeit 59 Jungen und Mädchen im Alter zwischen 6 und 19 Jahren. Sie werden von 40 Sozialpädagogen/Innen, Heilpädagogen/Innen und Erzieher/Innen im wechselnden Schichtdienst betreut. Inhaltliche Schwerpunkte in der Arbeit sind die Strukturierung des Alltags, die Stärkung der Sozialkompetenz, Förderung im schulischen Bereich und Elternarbeit.

Zur Ausgestaltung des therapeutischen Angebots gehören 5 festangestellte Kinder- und Jugendpsychotherapeuten, welche Gesprächstherapie und Diagnostik anbieten. Außerdem werden heilpädagogisches Reiten, Werktherapie und heilpädagogische Übungen intern angeboten. Die Einrichtung arbeitet eng mit der in Naila ansässigen privaten Förderschule am Martinsberg zusammen, da dort ein Großteil der im Heim lebenden Jungen und Mädchen beschult wird. Für Schüler, welche selbst in einer Förderklasse nicht beschulbar sind, gibt es auf dem Heimgelände ein Beschulungsmodell mit Unterricht in Kleinstklassen von zwei bis drei Schülern. Zur Einrichtung gehören weiterhin ein Fußballplatz, ein Tennisplatz, eine Reithalle mit integrierter Kletterwand und ein Outdoor-

spielplatz. An den Nachmittagen treffen sich regelmäßig verschiedene Neigungsgruppen zur gemeinsamen Freizeitgestaltung zum Beispiel die Fußballgruppe, die Klettergruppe, die Kunstgruppe. Einmal pro Woche findet in jeder Gruppe ein Gruppennachmittag zu speziellen Fragestellungen statt, wie dem Umgang mit Gewalt, Sexualität oder dem Internet. Es werden regelmäßig Gruppenunternehmungen und Ferienlager angeboten.

## **6.2 Die Einführung formaler Partizipationsstrukturen**

Die nachfolgenden Ausführungen schildere ich aus eigenem Erleben und als daran beteiligte Person. Schriftliche Belege dazu sind nur wenige vorhanden oder werden einrichtungsintern behandelt.

Bis zum Jahr 2013 bestanden im Kinder- und Jugenddorf Martinsberg kaum formale Strukturen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. In den Gruppen gab es Gruppensprecher und Gruppengespräche, aber kein einheitliches, gruppenübergreifendes Konzept mit festen Richtlinien und einem definierten Beschwerdemanagement. Die Ergebnisse und Forderungen des Ad-hoc Ausschusses des bayerischen Landesjugendhilfeausschusses lagen seit Juli 2012 vor und zeigten deutlich das gestiegene öffentliche und politische Interesse an diesem Thema. Das führte zu wachsendem Druck auf die Einrichtung, ein neues Konzept in diesem Bereich zu entwickeln. Mit der Einführung des Bundeskinderschutzgesetzes 2012, in Verbindung mit der Fortschreibung des SGB VIII wurden die gesetzlichen Vorgaben in Bezug auf die Einführung von Strukturen zur Beteiligung und Beschwerde deutlicher und verbindlicher geregelt.

Im Januar 2013 wurde ich vom Einrichtungsleiter beauftragt ein Inputreferat zum Thema „Partizipation in der Heimerziehung“ für die im Februar stattfindende Klausursitzung der Einrichtungsleitung, der Teamleiter/Innen und des psychologischen Fachdienstes vorzubereiten. Ich stellte die rechtlichen Vorgaben des SGB VIII und die zu diesem Zeitpunkt sehr aktuellen Ergebnisse und Beschlüsse des Landesjugendhilfeausschusses eindringlich vor. Nach anschließender Diskussion der Fakten wurde die Notwendigkeit der Einführung formaler Beteiligungsstrukturen festgestellt. Die baldmöglichste Einleitung geeigneter Maßnahmen wurde beschlossen. Es sollten zeitnah Gruppensprecherwahlen stattfinden. Aus dem pädagogischen Personal sollten zwei Vertrauenserrzie-

her/Innen gewählt werden und anschließend eine Sitzung aller Gruppensprecher/Innen folgen. Im März 2013 fanden in allen Gruppen die Wahlen der Gruppensprecher/Innen statt. Im gleichen Monat wurden von allen Kindern und Jugendlichen Vorschläge für die Vertrauensерzieher/Innen gesammelt, diese konnten aus dem pädagogischen Personal oder dem Fachdienst kommen. Alle vorgeschlagenen Personen kamen auf einen Wahlzettel und die beiden mit der höchsten Stimmenanzahl wurden als Vertrauensерzieher/In für zwei Jahre gewählt. Ich war einer von beiden. Im Mai folgte die Klärung welche Aufgaben und Kompetenzen mit diesem Amt verbunden sind. Es sollte im 14- tägigen Rhythmus eine Vertrauensерzieherstunde im Rahmen des Beschwerdemanagements stattfinden. Falls Kinder oder Jugendliche innerhalb der Gruppe nicht lösbare Probleme mit den Betreuer/Innen haben, können sie sich so, außerhalb Rat und Hilfe holen. Außerdem sind die Vertrauensерzieher für die Terminierung und Durchführung der Gruppensprechersitzungen zuständig. In den nächsten Wochen stellten wir uns als Vertrauensерzieher in allen Gruppen persönlich vor und klärten offene Fragen zu unseren Aufgaben und zur Partizipation allgemein.

Die erste Gruppensprechersitzung fand im Mai unter Beteiligung des Einrichtungsleiters statt. In ihr erklärten wir den Vertretern der Gruppen den Rechtekatalog für Kinder und Jugendliche in der Heimerziehung des Landesjugendhilfeausschusses und händigten ihn aus, damit dieser dann in den Gruppen besprochen werden konnte. Weiterhin diskutierten wir, wo aus Sicht des pädagogischen Fachpersonals, Möglichkeiten für Mitsprache und Beteiligung der Gruppensprecher im Heimalltag liegen. Die Anregungen der Gruppensprecher wurden aufgenommen, aber es gab kein förmliches Protokoll oder den Auftrag eine Konzeption zu erarbeiten.

Während einer großen Dienstberatung stellten wir Vertrauensерzieher die neuen Beteiligungsmöglichkeiten allen Fachkräften der Einrichtung vor. Wir gingen auf die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit des Aufbaus formaler partizipativer Strukturen in unserer Einrichtung ein, erläuterten die bisher getroffenen Maßnahmen und warben für Kooperationsbereitschaft bei den Anwesenden. Die folgenden Meinungsäußerungen der Zuhörer waren gespalten und ergaben einen Eindruck, wie schwierig dieses Thema zu bearbeiten ist und wie viel Auf-

klärungsarbeit noch geleistet werden muss. Jede Bestrebung gelebte Partizipation in einer Heimeinrichtung zu etablieren steht und fällt mit der inneren Haltung der Fachkräfte. Sie können bewusst, aber auch unbewusst darauf Einfluss nehmen und die Richtung vorgeben.

In der zweiten Gruppensprechersitzung wählten die versammelten Vertreter der Gruppen aus ihren Reihen die Heimsprecherin. Seitdem folgten in etwa monatlichem Abstand Gruppensprechersitzungen, bei denen die verschiedensten Themen angesprochen wurden die den Kindern und Jugendlichen wichtig waren. Beschwerden, Wünsche und Anregungen aus verschiedenen Bereichen wurden diskutiert und an die Einrichtungsleitung weitergegeben. Der wichtigste Erfolg war bisher die Abschaffung der Sanktionierung mit dem Taschengeld. Taschengeldabzug gibt es seither nur noch für die Regulierung von Schäden und nicht mehr als Mittel zur Bestrafung.

Andere wichtige Themen waren die festgelegten Nutzungszeiten von Handys und Spielekonsolen, das Essen, sowie Anregungen für Gestaltung des Heimgeländes oder von Festen. Seit einiger Zeit führen wir auch kurze Protokolle über die Sitzungen. Im Juli 2014 fuhren unsere Heimsprecherin und ich zu einer vier-tägigen Fortbildungsveranstaltung der „Initiative Partizipation in der Heimerziehung“ mit der Wahl des Landesheimrates Bayern unter Schirmherrschaft des Landesjugendamtes.

Die konzeptionelle Verankerung der Rechte von Kindern und Jugendlichen und des Beschwerdemanagements erfolgte im Mai 2014. Sie entstand aus den Erfahrungen, welche im vergangenen Jahr gesammelt worden waren und gab den Partizipationsbemühungen einen offiziellen, formalen Rahmen. Allerdings muss gesagt werden, dass diese Konzeption ohne Beteiligung der Kinder und Jugendlichen erstellt wurde, bei einer Fortschreibung oder Weiterentwicklung wäre es wichtig und sinnvoll diese mit einzubeziehen.

### **6.3 Vorstellung der Konzeption „Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen im Kinder- und Jugenddorf Martinsberg und Schutz vor Gewalt“**

Im allgemeinen Teil der Konzeption wird auf ein beteiligungsfreundliches Klima innerhalb der Einrichtung, die Wahrung der Rechte von Kindern und Jugendlichen, sowie der gesetzlich Vorschriften eingegangen. Ihnen wird die Möglichkeit zur Beteiligung, Mitbestimmung und Beschwerde im alltäglichen Leben in der Einrichtung gegeben. Im Weiteren werden die konkreten für alle gültigen Strukturen und ihre Kompetenzbereiche benannt.

#### **1. Die Vertrauensberater**

(siehe voriges Kapitel)

#### **2. Sprechstunde der Vertrauensberater**

(siehe voriges Kapitel)

#### **3. Gruppensprecher**

Diese werden jährlich als Vertreter von den Kindern und Jugendlichen der Gruppe gewählt. In diesem Zusammenhang wird auch eine beteiligungsfreundliche Haltung der Fachkräfte eingefordert und auf ein wöchentlich stattfindendes Gruppengespräch hingewiesen. Beteiligungsfähige und in den Gruppengesprächen bearbeitbare Themen werden explizit benannt. Es sind Essensplanung, Wohnraumgestaltung, Gruppenunternehmungen, Ferienplanung und Freizeitaktivitäten, Feste und Feiern, Ausgabe der Taschengelder und Formulierung kindzentrierter individueller Wochenziele.

#### **4. Gruppensprechersitzungen**

Sie sollen einmal im Monat stattfinden, einmal im Quartal mit Teilnahme des Einrichtungsleiters. In diesem Rahmen sollen gruppenübergreifende Themen diskutiert, Rahmenbedingungen stabilisiert, Beschwerden und Anregungen ausgesprochen werden. Ziel ist es, die Kinder und Jugendlichen zur Beteiligung und zur Übernahme von Verantwortung im Heimaltag zu ermutigen.

## 5. Heimsprecher

Der Heimsprecher wird in jedem Schuljahr von den Gruppensprechern aus ihren Reihen gewählt, er ist damit der legitimierte Vertreter aller Kinder und Jugendlichen des Heimes nach innen und außen.

## 6. Kids Box

Die Kids Box ist ein anonymer Briefkasten für Beschwerden, Wünsche und Anregungen, welcher von den Vertrauens Erziehern geleert wird.

## 7. Vertrauenstherapeut

Besonders um das Recht auf Schutz vor psychischer, physischer oder sexualisierter Gewalt zu gewährleisten, können sich die Kinder und Jugendlichen an den, unter Verschwiegenheitspflicht stehenden, Therapeuten wenden, oder direkt an den Einrichtungsleiter.

## 8. Beteiligung an Hilfeplangesprächen

Die Kinder und Jugendlichen werden vor einer Hilfeplankonferenz von ihrem Bezugserzieher über dessen Bericht informiert und können Ergänzungen und Anmerkungen anfügen. An der Hilfeplankonferenz nehmen sie je nach Entwicklungsstand zum Teil oder vollständig teil. Dort können sie ihre Meinung äußern, Wünsche und Anregungen einbringen.

## 9. Vier-Augen-Gespräch

Die Kinder und Jugendlichen können jeder Zeit ein persönliches Gespräch mit dem zuständigen Mitarbeiter des Jugendamtes oder ihrem Vormund bzw. Ergänzungspfleger führen.

## 10. Telefonischer Kontakt

Die Kinder und Jugendlichen können sich jederzeit telefonisch an ihre Vormünder, den Mitarbeiter des Jugendamtes, die Polizei, das Gesundheitsamt, das Sitzjugendamt oder andere sozialpädagogische Einrichtungen wenden. Die Kontaktdaten werden ihnen von den Betreuer/Innen zur Verfügung gestellt. (vgl. Anlage 2)

## **6.4 Evaluation der bisherigen Maßnahmen**

Zur Evaluation der Wirksamkeit der bisherigen Bemühungen im Bereich der Partizipation und zur fachlichen Weiterentwicklung der Konzeption führte ich im November 2014 eine Umfrage durch. Mit Hilfe eines Fragebogens für die Kinder und Jugendlichen und eines Fragebogens für die Mitarbeiter/Innen im Gruppendienst, versuchte ich den aktuellen Stand der Entwicklung und Möglichkeiten der Veränderung herauszufinden.

Die Fragen orientierten sich am oben beschriebenen Partizipationskonzept der Einrichtung und den Ergebnissen des Ad-hoc-Ausschusses des Landesjugendamtes. Ich verteilte an alle 59 Kinder und Jugendlichen der Einrichtung einen anonymen Fragebogen und erhielt 49 ausgefüllt zurück. Bei den Mitarbeiter/Innen beschränkte ich mich auf die im Gruppendienst beschäftigten Fachkräfte, da diese direkt mit der Umsetzung von Beteiligungsmöglichkeiten konfrontiert und beauftragt sind. Der Fachdienst oder anderes begleitendes Personal ist nur wenig in diesen Prozess involviert. Von den 41 befragten Mitarbeiter/Innen erhielt ich 35 ausgefüllte Bögen zurück. Bei der Auswertung ordnete ich die Antworten der Kinder und Jugendlichen in drei Alterskohorten, 8-10 Jahre, 11-13 Jahre und 14-19 Jahre. In der Einrichtung leben nur zwei 18-Jährige und ein 19-Jähriger, sodass ich pragmatischer Weise die letzte Alterskohorte so groß fasste. Die Notwendigkeit und die Möglichkeiten zur Beteiligung wachsen mit zunehmendem Alter und Entwicklungsstand, deshalb halte ich die Differenzierung in Altersgruppen für sinnvoll und angebracht. Die Antworten der Fachkräfte ordnete ich nach dem Alter ihrer Bezugskinder um eine Vergleichbarkeit herzustellen.

### **Auswertung der Antworten der Altersgruppe 8-10 Jahre (10 Personen)**

(vgl. Anlagen 3 und 7)

Die Mehrzahl der Befragten gibt an, bei der Wahl der Kleidung und über das Taschengeld zumindest fast immer selbst zu bestimmen. Ebenso sehen sie viele Möglichkeiten ihren Interessen und Hobbys nachzugehen. Bei der Einrichtung des Zimmers können nur 50% mitbestimmen, was aber daran liegt, dass

die Möbel aller Kinderzimmer der Einrichtung als Inventar vorgegeben sind. Die befragten Fachkräfte äußern sich ähnlich.

Schwieriger ist die Situation bei der Beteiligung an den Hilfeplangesprächen. 38% geben an, noch nie an einem Hilfeplangespräch beteiligt worden zu sein, 75% wurden bei der Aufstellung der Ziele nicht oder nur selten beteiligt, 50% kennen die für sie aufgestellten Ziele nicht einmal. Hier weichen die Aussagen der Fachkräfte deutlich ab, 90% geben an, dass die Kinder am Hilfeplan beteiligt sind und die daraus hervorgegangenen Ziele kennen. Nur 30% sagen, dass die Kinder bei der Aufstellung der Ziele selten oder nie beteiligt werden. Hier gibt es ein Defizit an Information oder deren verständlicher Weitergabe an die Kinder.

Die Gestaltung der Gruppenräume und der Gruppenregeln wird hauptsächlich von den Fachkräften bestimmt. In beiden Fällen geben die Kinder an, zu 40% zumindest fast immer beteiligt zu sein. Bei den Regeln ist dieser Wert in meinen Augen durchaus akzeptabel, da in dieser Altersgruppe Normen und Wertvorstellungen erst erlernt werden müssen und damit eine stärkere Führung durch die Fachkräfte notwendig ist. Die oft schwierige Ausgangslage in den Herkunftsfamilien macht klare Strukturen und Vorgaben aus pädagogischer Sicht notwendig und sinnvoll. Die Einbeziehung in die Gestaltung der Gruppenräume lässt aber noch Spielraum für mehr Beteiligung, denn schließlich ist es für die Kinder für längere Zeit ihr Zuhause, in dem sie sich wohlfühlen sollen.

Die Mitsprachemöglichkeiten bei der Entscheidung über Gruppenunternehmungen und Ferienlager bewerten jeweils 60% als gut. Die formalen Beteiligungsstrukturen der Einrichtung sind den Kindern bekannt und werden umgesetzt. So finden zu 90% regelmäßig Gruppengespräche statt, es gibt überall einen Gruppensprecher und 90% wissen auch bei wem sie sich beschweren können. Nachbesserungsbedarf besteht in dieser Altersgruppe bei der Transparenz und Informationsweitergabe.

Nur 40% kennen den für sie zuständigen Mitarbeiter des Jugendamtes, 50% die Vertrauenserrzieher. Niemand kennt den Rechtekatalog für Kinder in der Heimerziehung oder den Landesheimrat. Diese Tatsachen sind wahrscheinlich auf das Alter und die erst kurze Aufenthaltsdauer einiger Kinder in der Einrichtung



zurückzuführen und sollten zukünftig im Aufnahmeverfahren berücksichtigt werden. Um zum jetzigen Zeitpunkt mehr Transparenz zu schaffen, sollten wir Vertrauenserrzieher in den betreffenden Gruppen gezielt Informationsveranstaltungen zu diesem Thema durchführen.

Für die gute Arbeit der Fachkräfte spricht, dass 80% der Kinder sich von den Erzieher/Innen ernst genommen fühlen. Nur 30% fühlen sich hingegen immer oder fast immer wohl in der Einrichtung, was auf die enge Bindung eines noch jungen Kindes an die Eltern zurückzuführen ist, eventuell aber auch darauf, dass 60% angaben nicht gefragt worden zu sein, ob sie ins Kinderdorf einziehen wollen. Aus eigener Erfahrung weiß ich allerdings, dass die Kinder und Jugendlichen fast immer in Vorstellungsgesprächen gefragt werden, ob sie sich einen Aufenthalt im Kinderdorf vorstellen können. Vermutlich erleben aber die Betroffenen diese Situation als so schwierig und psychisch belastend, dass sie sich an die Frage nicht mehr erinnern können oder sie verdrängt haben. Vielleicht wollten sie auch im Vorstellungsgespräch eine gewünschte Antwort geben, um möglichst schnell die Situation zu beenden. In diesem Zusammenhang könnte man über die Gestaltung des Vorstellungsgesprächs nachdenken und es in einer anderen Atmosphäre führen.

60% dieser Altersgruppe sehen sich im Alltag ausreichend beteiligt, was auch aus den freien Nennungen hervorgeht, in denen außer dem Wunsch nach Hause zu können, kaum Anregungen geäußert werden.

### **Auswertung der Antworten der Altersgruppe 11-13 Jahre (20 Personen)**

(vgl. Anlagen 4 und 7)

In dieser Altersgruppe liegt die Mitbestimmung in Bezug auf die Kleidung bei 90%, auch über die Ausgabe des Taschengeldes können 90% der Befragten immer oder fast immer selbst entscheiden. 75% erklären, dass sie die Möglichkeit haben, eigenen Interessen und Hobbys nachzugehen. Bei der Einrichtung des Zimmers sehen sich hier schon 80% immer oder fast immer beteiligt, obwohl die Möbel auch hier vorgegeben sind. Diese Aussagen sind vergleichbar mit den Angaben der Fachkräfte, Differenzierungen gibt es nur in der Sichtweise von immer und fast immer.

Bei den Fragen nach der Beteiligung an Hilfeplangesprächen und der Aufstellung von Zielen gehen auch in dieser Altersgruppe die Meinungen der Kinder und der Mitarbeiter/innen auseinander. 65% der Kinder sagen aus, dass sie am Hilfeplangespräch zumindest fast immer beteiligt sind. 79% der Fachkräfte geben das Gleiche an. 65% der Kinder kennen die Ziele aus dem Hilfeplan immer und fast immer. Die Fachkräfte gehen davon aus, dass sie den Kindern die Ziele zu 100% vermittelt haben. Etwa die Hälfte der 11-13 jährigen Kinder wird an der Aufstellung der Ziele durch die Fachkräfte beteiligt, was diese bestätigen. Es zeigen sich Defizite in der Kommunikation, der verständlichen Vermittlung von Inhalten und der Aufstellung von Erziehungszielen im Hilfeplanverfahren. Daraus entsteht der Auftrag an die Bezugserzieher/Innen die Hilfeplangespräche besser mit den betreffenden Kindern vorzubereiten und auch bei den Zielvorgaben mehr Beteiligung zu ermöglichen.

Bei der Gestaltung der Gruppenräume sind die Kinder zu 75% beteiligt, ein guter Wert. Die Beteiligung an der Aufstellung der Gruppenregeln liegt auch hier nur bei 45%. Die Beteiligung bei der Planung von Gruppenunternehmungen liegt bei 70%, bei der Planung von Ferienlagern jedoch nur bei 30%.

Gruppengespräche finden nach Angaben von 60% der Befragten immer oder fast immer statt, einen Gruppensprecher gibt es überall. Die Vertrauenserzieher kennen 80% und den zuständigen Mitarbeiter des Jugendamtes 63%. Fast alle wissen bei wem sie sich beschweren können.

Der Rechtekatalog für Kinder und Jugendliche in der Heimerziehung, sowie der Landesheimrat sind nur wenig bekannt. Hier gibt es ein Informationsdefizit und es sollte durch die Vertrauenserzieher mehr Aufklärungsarbeit geleistet werden. 80% der Befragten fühlen sich von den Betreuer/Innen ernst genommen, 75% wünschen sich mehr Beteiligung im Alltag. Das ist wieder ein gutes Ergebnis für die Fachkräfte, der Wunsch nach mehr Mitspracherecht ist altersgerecht.

55% fühlen sich im Kinderdorf immer oder fast immer wohl. Allerdings sagen auch hier wieder 60%, dass sie nicht gefragt wurden ob sie ins Kinderdorf einziehen möchten. Bei den freien Nennungen gab es kleine Wünsche und Beschwerden, so zweimal den Wunsch nach mehr Taschengeld aber niemand trifft die Aussage, dass er nach Hause möchte.

## **Auswertung der Antworten der Altersgruppe 14-19 Jahre (19 Personen)**

(vgl. Anlage 5 und 7)

100% der Befragten bestimmen über ihre Kleidung und ihr Taschengeld selbst. Auch an der Gestaltung ihres Zimmers haben 85% maßgeblichen Anteil. Die Betreuer/innen sehen diese drei Punkte etwas kritischer besonders in Hinblick auf die Zimmereinrichtung. Vermutlich legen die Erwachsenen mehr Augenmerk auf das vorgegebene Mobiliar, während die Jugendlichen ihren gestalterischen Spielraum eher in der freien Wahl der Wandfarbe, von Postern oder persönlichen Gegenständen sehen.

Immer oder fast immer am Hilfeplangespräch beteiligt fühlen sich 69% der Jugendlichen, während die Fachkräfte von einer vollständigen Beteiligung ausgehen. 79% der Jugendlichen kennen die Ziele aus dem Hilfeplan und ebenfalls 79% haben bei ihrer Aufstellung mitgewirkt. Die Fachkräfte gehen von einem Kenntnisstand von 95% aus und bestätigen die 79% Beteiligung bei der Aufstellung der Ziele. Es ist deutlich zu erkennen, dass der Grad der Beteiligung an den Hilfeplangesprächen und der Vorbereitung der Zielstellungen mit wachsendem Alter zunimmt.

63% sagen, dass sie an der Gestaltung der Gruppenräume mindestens fast immer beteiligt sind. Nur 39% sind es bei der Aufstellung der Gruppenregeln. Aufgrund des Entwicklungsstandes besteht aus meiner Sicht die Möglichkeit zu deutlich mehr Beteiligung in beiden Bereichen.

Gruppengespräche finden nach Angaben von 68% der befragten Jugendlichen immer oder fast immer statt. Hier besteht, wie in der Altersgruppe der 11-13 jährigen Kinder, noch ein Defizit an Regelmäßigkeit. Zumal Gruppengespräche den richtigen Rahmen bieten, um über Gruppenregeln bzw. die Gestaltung der Räume zu sprechen. Einen Gruppensprecher gibt es überall.

Gute Mitspracherechte bei Gruppenunternehmungen geben 74% an, bei der Planung von Ferienlagern nur 36%. Auch hier sollte mehr Beteiligung ermöglicht werden. Die Vertrauenserrzieher kennen 74% und den zuständigen Mitarbeiter des Jugendamtes 90%. Die große Mehrheit kennt die Beschwerdemöglichkeiten.

Den Rechtekatalog für Kinder und Jugendliche in der Heimerziehung kennen nur 37% und den Landesheimrat 58%. Hier besteht wieder Aufklärungsbedarf. Im Vergleich zu den anderen Alterskohorten fühlen sich 32% nur selten oder gar nicht von den Betreuer/Innen ernst genommen, ein hoher Wert. Das könnte sich auf die Gefühlslage der in der Pubertät befindlichen Jugendlichen zurückführen lassen und damit als alterstypische Phase der Opposition gewertet werden. Andererseits besteht aber auch die Möglichkeit einer nicht in allen Bereichen altersgerechten Erziehung durch die Fachkräfte. Trotz allem fühlen sich 63% der Befragten immer oder fast immer in ihren Belangen ernst genommen. 69% fühlen sich im Kinderdorf wohl, was den höchsten Wert aller Alterskohorten darstellt und damit gerade in diesem kritischen Alter für eine gute pädagogische Arbeit spricht.

Die Angabe, dass sich 72 % mehr Beteiligung wünschen entspricht dem altersgemäßen Entwicklungsstand und dem Wunsch nach mehr Mitspracherechten. Auch hier sagen wieder 68% das sie nicht gefragt wurden, ob sie in der Einrichtung leben möchten. Bei den freien Nennungen nimmt das Thema Medien den größten Raum ein, besonders die Handyregelung. Es wird aber auch punktuell Kritik am Verhalten der Erzieher/Innen geäußert.

### **Auswertung der Mitarbeiterbefragung**

(vgl. Anlage 7)

In einigen Bereichen decken sich die Angaben der Fachkräfte mit denen der Kinder und Jugendlichen, z.B. bei den Punkten zur Kleidung, Zimmereinrichtung und der Einbeziehung der Interessen und Hobbys und den Entscheidungen über Ferienlager. Die Fragen zum Hilfeplangespräch, dem Kenntnisstand der Ziele und deren Aufstellung werden von den Fachkräften deutlich beteiligungsfreundlicher beantwortet, als es sich in der Wahrnehmung der Adressaten darstellt. Ein Hinweis darauf, auf mehr Transparenz zu achten und für das Kind oder den Jugendlichen eine verständliche Informationsweitergabe zu schaffen.

90% geben an, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ein wichtiger Aspekt in ihrer täglichen Arbeit ist. Der Kenntnisstand in Bezug auf die Partizipationsstrukturen ist sehr hoch. Das einrichtungsinterne Partizipationskonzept,

der Rechtekatalog für Kinder und Jugendliche in der Heimerziehung, die Vertrauensерzieher und der Landesheimrat sind zu sehr hohen Prozentsätzen bekannt. Das sind gute Voraussetzungen für die praktische Umsetzung im pädagogischen Alltag.

Mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche befürworten allerdings nur 49%, im Gegensatz dazu wünschen sich 77% mehr eigene Beteiligung an den Entscheidungsprozessen in der Einrichtung. Signifikant ist die große Gruppe der Unentschlossenen bei beiden Fragen, die, obwohl die Möglichkeit gar nicht vorgegeben war, keine Angaben machte. Das bietet viel Raum für Interpretationen: Desinteresse, wenig inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema Partizipation und nur Kenntnisnahme von den formalen Vorgaben, Angst. Eine klare Aussage ist hierfür nicht zu treffen.

Das jedoch nur 6% die derzeitigen Möglichkeiten der Mitarbeiterbeteiligung für ausreichend halten, sollte auf Seiten der Einrichtungsleitung in Kooperation mit der Mitarbeitervertretung einen Diskurs zu diesem Thema auslösen. Eine separate Mitarbeiterbefragung mit dem Schwerpunkt Beteiligungsmöglichkeiten für Mitarbeiter könnte einen Anfang bilden. Partizipation kann nur vermittelt und im Gruppenalltag gelebt werden, wenn sich auch die Fachkräfte an einrichtungsrelevanten Entscheidungen ausreichend beteiligt fühlen.

90% der befragten Fachkräfte fühlen sich in der Einrichtung wohl, was für ein sehr gutes Betriebs- und Arbeitsklima spricht. Mehr Möglichkeiten zur Beteiligung könnten individuelle Einsatzbereitschaft und Leistungsmotivation noch erhöhen.

## **6.5 Vergleich der Konzeption mit der Evaluation und Vorschläge für die Weiterentwicklung**

In einigen Bereichen ergaben sich durch die Befragung Übereinstimmungen mit den Vorgaben der einrichtungsinternen Konzeption zur Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen. In anderen Bereichen besteht noch die Notwendigkeit zur Nachbesserung.

Wir Vertrauensерzieher und unsere Aufgaben sind besonders bei den Jüngeren nicht ausreichend bekannt. Wir sollten in jeder Gruppe Informationsveranstal-

tungen durchführen, in denen wir uns vorstellen und unsere Aufgaben erläutern. Gleichzeitig sollten wir den Rahmen nutzen, die Kinder über ihre Beteiligungsmöglichkeiten im Kinderdorf, über ihre Rechte und den Landesheimrat zu informieren und aufzuklären. Die passende Möglichkeit dazu bietet der wöchentlich stattfindende Projektnachmittag, in dessen Planung dies einfließen könnte. Im März 2015 ist die zweijährige Wahlperiode der Vertrauenserteiler beendet und es müssen Neuwahlen stattfinden, danach sollten die jetzigen Vertrauenserteiler den neu Gewählten in einer Übergangszeit als Berater zu Seite stehen. Die Möglichkeiten Fortbildungen zu diesem Thema zu besuchen sehe ich für die betreffenden Fachkräfte als notwendig und wichtig an.

Die Vertrauenserteilerstunde, als Instrument des Beschwerdemanagements, wurde in der Vergangenheit nur zweimal wahrgenommen. Die Kinder und Jugendlichen sollten noch einmal über diese Möglichkeit informiert werden, falls sie dann aber weiterhin nicht genutzt wird, kann sie eingestellt und andere Wege der Beschwerde entwickelt und installiert werden.

Jede Gruppe hat eine/n gewählte/n Gruppensprecher/In. Gruppengespräche finden überall statt, an der Regelmäßigkeit kann zum Teil noch gearbeitet werden. Die in der Konzeption als beteiligungsfähig bezeichneten Themen werden ebenfalls noch nicht alle in der Praxis auch so bearbeitet. Die Möglichkeit zur Beteiligung an der Gestaltung der Wohnräume, der Planung von Gruppenunternehmungen und Ferienlagern kann noch erweitert werden. Die gemeinsame Aufstellung von Gruppenregeln ist in diesem Kontext von Alter und Entwicklungsstand abhängig und wird auch so umgesetzt. Ob es dabei noch Entwicklungspotential gibt, sollten die einzelnen Gruppen individuell prüfen.

Gruppensprechersitzungen fanden in regelmäßigen Abständen statt und es wurden in ihnen alltagsrelevante Themen aufgegriffen und besprochen. Einige Vorschläge dieses Gremiums wurden dann auch in der Einrichtung umgesetzt. Verbesserungsvorschläge für die Zukunft in diesem Rahmen sind:

- Umbenennung in Heimrat, in Anknüpfung an die Bezeichnung Landesheimrat

- die Vertrauenserrzieher erhalten zusätzlich die Bezeichnung Heimratsberater, um ihre Funktion innerhalb der Sitzungen des Heimrates deutlicher zu definieren

- Verabschiedung einer eigenen Satzung, um die Kompetenzen des Heimrates zu klären

- die Protokollführung zu den Sitzungen übernimmt ein Mitglied des Heimrates und nicht mehr die Berater

- die Wünsche und Beschwerden aus den Sitzungen werden vom Heimsprecher direkt an den Einrichtungsleiter weitergegeben und nicht über den Umweg der Vertrauenserrzieher/Heimratsberater

Es gibt einen Heimsprecher, welcher in geheimer Wahl von den Gruppensprecher/Innen aus ihren Reihen bestimmt wurde. Im Rahmen dieser Funktion sollte ihm die Möglichkeit zur Fortbildung gegeben werden, was die Teilnahme an der jährlich stattfindenden Wahl des Landesheimrates einschließt.

Die Vorbereitung und Beteiligung an Hilfeplangesprächen, sowie die Aufstellung von Zielvorgaben ist gesetzlich, in den Vorgaben des Landesjugendamtes und in der internen Konzeption des Kinderdorfes als sehr wichtiger Punkt gekennzeichnet. Die Umfrage unter den Kindern und Jugendlichen zeigt jedoch gerade hier ein deutliches Defizit an Transparenz, Information und Beteiligung. Die Dauer der Anwesenheit am Hilfeplangespräch orientiert sich am Entwicklungsstand und der psychischen Verfassung der Adressaten. Damit lässt sich erklären, weshalb einige Kinder und Jugendliche angeben nur teilweise am Hilfeplangespräch beteiligt gewesen zu sein. Jedoch sollte jedes Kind oder Jugendliche, die aus diesen Gesprächen resultierenden Ziele kennen. Ein Ziel kann nur erreicht werden, wenn es auch bekannt ist. Wird das Kind oder der Jugendliche dann noch bei der Formulierung des Ziels mit einbezogen oder kann er es selbst aufstellen, sind auch sein Engagement und seine Mitarbeit weitaus größer.

Die Möglichkeit telefonisch oder in einem Vier-Augen-Gespräch mit den zuständigen Mitarbeiter/Innen des Jugendamtes in Verbindung zu treten bedingt die Kenntnis des Namens und der Telefonnummer. Diese sind den Kindern und

Jugendlichen nicht immer bekannt und müssen bei den Mitarbeiter/innen des Kinderdorfes erfragt werden.

Ein erweitertes Aufnahme-procedere könnte viele Defizite im Bereich Transparenz und Information gleich zu Beginn des Aufenthaltes im Kinderdorf vermeiden. So könnte den Kindern und Jugendlichen bei der Aufnahme eine vorgefertigte Mappe überreicht werden, in der alle, für den Aufenthalt relevanten Informationen enthalten sind:

Heimregeln, Gruppenregeln, Belehrungen, Rechte von Kindern und Jugendlichen in der Heimerziehung, Flyer des Landesheimrates, eine Liste mit der Aufstellung von Beteiligungs- und Beschwerdemöglichkeiten in der Einrichtung, Name und Anschrift der zuständigen Fachkraft im Jugendamt, Name und Erreichbarkeit der Vertrauens-erzieher/Innen im Kinderdorf.

## **7. Fazit**

Die Entwicklung und Installation partizipativer Strukturen in der stationären Kinder- und Jugendhilfe in Bayern und speziell im hier beschriebenen Heilpädagogisch- Psychotherapeutischen Kinder- und Jugenddorf in Naila ist noch nicht abgeschlossen. Der Prozess hat erst begonnen und muss weiter fortgeführt werden. Die sozialpädagogischen Einordnungen, die gesetzlichen Vorgaben im SGB VIII und die Beschlüsse des Landesjugendhilfeausschusses sind Grundlagen und Orientierungshilfe für die Einrichtungen.

Der Aufbau und die Unterstützung des Landesheimrates durch das Landesjugendamt zeigen ein deutliches politisches Interesse. Als Gremium zur Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in der Heimerziehung kann er sich überörtlich für deren Interessen einsetzen und stark machen.

Bei der Entwicklung von Partizipationsmodellen gibt es viele einrichtungsspezifische Voraussetzungen zu beachten und vielleicht auch zu verändern. Alter, Entwicklungsstand und psychische Vorbelastungen der Adressaten sind dabei ebenso wichtige Einflussfaktoren, wie die Größe der Einrichtung und die Gruppenstrukturen. Entscheidend ist jedoch die Einstellung der Einrichtungsleitung



und der pädagogischen Fachkräfte, da diese den Prozess erst erlebbar machen und an der alltagstauglichen Umsetzung maßgeblichen Beitrag leisten. Im vorliegenden Beispiel wurden einige Anstrengungen unternommen um Möglichkeiten der Beteiligung und der Beschwerde für die Kinder und Jugendlichen zu schaffen. Es wurden Gruppensprecher und Vertrauenslehrer gewählt, eine regelmäßige Gruppensprechersitzung ins Leben gerufen. In der Konzeption werden viele Themenbereiche als beteiligungsfähig beschrieben und Möglichkeiten zur Beschwerde benannt. Die Evaluation zeigte, dass an einigen Stellen der Partizipationsgedanke in den pädagogischen Alltag und den erlebten Alltag der Kinder und Jugendlichen Einzug gefunden hat. Allerdings gibt es auch Kritikpunkte und Möglichkeiten zur Weiterentwicklung. Um noch einmal die „Ladder of Citizen Participation“ heranzuziehen, ist aus meiner Sicht die Stufe der Scheinbeteiligung noch lange nicht überschritten. Zu oft werden die Kinder und Jugendlichen nicht partnerschaftlich beteiligt sondern nur informiert oder angehört. Einige Anregungen zu einer besseren Beteiligung am Hilfeprozess habe ich in der vorliegenden Arbeit gegeben. Die einrichtungsbezogenen Ergebnisse sollen zu einer Weiterentwicklung der bestehenden Konzeption und zur Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten beitragen. Der nächste Schritt ist die Klärung der Umsetzbarkeit mit der Einrichtungsleitung.

Unbedingt notwendig ist es zukünftig einen stetigen Diskurs mit den Kindern und Jugendlichen sowie den pädagogischen Fachkräften zu führen. Die Wichtigkeit der Thematik immer wieder zu verdeutlichen und den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen. Der Prozess ist noch lange nicht zu Ende, es müssen weiterhin neue Ideen entwickelt und auf ihre Praxistauglichkeit hin evaluiert werden.

## Quellenverzeichnis

AGJ - Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe Berlin (Hg.) (2010): Abschlussbericht des Runden Tisches „Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren“. Berlin: AGJ

Andersen, U., Wichard, W. (Hg.) (2003): Politische Beteiligung/Politische Partizipation. <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/40354/politische-beteiligung-politische-partizipation?p=all> (verfügbar am 08.11.2014)

Arnstein, S. R. (1969): A Ladder of Citizen Participation. In: Journal of the American Institute of Planners 35, S.216-224

Babic, B., Legenmayer, K. (2004): Partizipation in der Heimerziehung – Abschlussbericht der explorativen Studie zu den formalen Strukturen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in ausgewählten Einrichtungen der stationären Erziehungshilfe in Bayern. München: Bayerisches Landesjugendamt

BLJA - Bayerisches Landesjugendamt. Zentrum Bayern Familie und Soziales (Hg.) (2003): Fachliche Empfehlungen zur Heimerziehung gemäß § 34 SGB VIII. Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses vom 08.04.2003.

AZ 45503/009/01

[http://www.blja.bayern.de/themen/erziehung/heimerziehung/TextOffice\\_LJHA-Empfehlung.html](http://www.blja.bayern.de/themen/erziehung/heimerziehung/TextOffice_LJHA-Empfehlung.html) (verfügbar am 30.11.2014)

BLJA - Bayerisches Landesjugendamt. Zentrum Bayern Familie und Soziales (Hg.) (2012a): Handreichung für den Aufbau und die Verankerung institutioneller Partizipationsmöglichkeiten und -formen in stationären Einrichtungen der Kinder und Jugendhilfe. Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses vom 10.07.2012

[http://www.blja.bayern.de/textoffice/empfehlungen/handreichung\\_aufbau.html](http://www.blja.bayern.de/textoffice/empfehlungen/handreichung_aufbau.html) (verfügbar am 01.12.2014)

BLJA - Bayerisches Landesjugendamt. Zentrum Bayern Familie und Soziales (Hg.) (2012b): Die Rechte von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen der stationären Jugendhilfe in Bayern. Anlage 1 zum Abschlussbericht des Ad-hoc-Ausschusses „Partizipation in der stationären Jugendhilfe“. Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses vom 10.07.2012  
<http://www.blja.bayern.de/textoffice/empfehlungen/partizipation.html> (verfügbar am 01.12.2014)

BLJA - Bayerisches Landesjugendamt. Zentrum Bayern Familie und Soziales (Hg.) (2013): Abschlussbericht des Ad-hoc-Ausschusses „Partizipation in der stationären Jugendhilfe“  
<http://www.blja.bayern.de/textoffice/empfehlungen/AbschlussberichtPartizipation.html> (verfügbar am 30.11.2014)

BLJA - Bayerisches Landesjugendamt. Zentrum Bayern Familie und Soziales (Hg.) (2014): Fachliche Empfehlungen zur Heimerziehung gemäß §34 SG VIII – Fortschreibung. Beschluss des Bayerischen Landesjugendhilfeausschusses vom 11.3.2014. München: BLJA

BMFSFJ - Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (1998): Zehnter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation von Kindern und die Leistungen der Kinderhilfen in Deutschland. Bonn: BMFSFJ

BMFSFJ - Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2002): Elfter- Kinder und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin: BMFSFJ

BMJFFG - Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (Hg.) (1990): Achter Jugendbericht. Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe. Bonn: BMJFFG

Diakoniewerk Martinsberg e. V. (Hg.) (2014): Kinderdorf Martinsberg.  
<http://www.kinderdorf-martinsberg.de/index.php?id=122> (verfügbar am  
15.12.2014)

Moch, M. (2011): Hilfen zur Erziehung. In: Otto, H.-U. und Thiersch, H. (Hg.).  
Handbuch Soziale Arbeit, S. 619 - 632. München, Basel: Ernst Reinhardt Verlag

Schnurr, S. (2011): Partizipation. In: Otto, H.-U. und Thiersch, H. (Hg.). Hand-  
buch Soziale Arbeit, S. 1069 - 1078. München, Basel: Ernst Reinhardt Verlag

Statistisches Bundesamt (Hg.) (2014): Kinder und Jugendhilfe. Außerhalb des  
Elternhauses. Art der Hilfen nach Jahren.  
<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Soziales/Sozialleistungen/KinderJugendhilfe/Tabellen/HilfenErziehungAusElternhaus.html> (verfüg-  
bar am 05.01.2015)

Wolff, M., Hartig, S. (2013): Gelingende Beteiligung in der Heimerziehung - Ein  
Werkbuch für Jugendliche und ihre BetreuerInnen. Weinheim/Basel: Beltz Ju-  
venta

Zeh-Hauswald, S. (2013): Junge Menschen ernst nehmen! – Der Weg zum  
Landesheimrat Bayern. In: Bayerisches Landesjugendamt. Zentrum Bayern  
Familie und Soziales. (Hg.). Mitteilungsblatt Nr. 6, November / Dezember 2013,  
S.1 - 9

## **Rechtsquelle**

SGB VIII in der Fassung der Bekanntmachung vom 11.09.2012 (BGBl. I S.  
2022) zuletzt geändert durch das Gesetz zur Verwaltungsvereinfachung in der  
Kinder und Jugendhilfe vom 29.08.2013 (BGBl. I S. 3464)

## Anhang

## Anlage 1



Zentrum Bayern Familie und Soziales  
Bayerisches Landesjugendamt

**Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses vom 10.07.2012**

Die Rechte von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen der stationären Jugendhilfe in Bayern

### **Anlage 1 zum Abschlussbericht des Ad-hoc-Ausschusses „Partizipation in der stationären Jugendhilfe“**

#### **Allgemein**

Kinder und Jugendliche sind Personen mit eigener Würde und eigenen Rechten. Die Unantastbarkeit der Würde der Kinder und Jugendlichen ist oberster Grundsatz im Umgang mit ihnen. Kinder und Jugendliche haben das grundlegende Recht auf Förderung ihrer Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit (vgl. § 1 SGB VIII). Die Grundrechte sind Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe uneingeschränkt und unabhängig von Alter und Entwicklungsstand zu garantieren. Einschränkungen von Rechten bedürfen der richterlichen Entscheidung. Darüber hinaus haben Kinder und Jugendliche, die nicht in ihrer Familie leben können, Anspruch auf besonderen Schutz und Beistand des Staates (vgl. Art. 20 UNKRK). Kinder und Jugendliche haben das Recht, sich in allen Angelegenheiten an ihr Jugendamt zu wenden. Kinder und Jugendliche haben das Recht, (entsprechend ihrem Entwicklungsstand) an allen sie betreffenden Entscheidungen beteiligt zu werden (vgl. Art. 12 UNKRK und § 8 SGB VIII). Bei jugendhilferechtlichen und -fachlichen Fragen sind die Belange und Interessen der Kinder und Jugendlichen vorrangig zu berücksichtigen (vgl. Art. 3 UNKRK). Die erwachsenen Verantwortungsträger (von Politik, Jugendamt, Einrichtungsträger etc.) sind verpflichtet, die Rechte von Kindern und Jugendlichen in die Praxis umzusetzen (vgl. Art. 4 und 18 UNKRK). Am 15.07.2010 hat die Bundesregierung die 1992 niedergelegte Vorbehaltserklärung zurückgenommen. Damit erhielt die UN Kinderrechtskonvention völkerrechtliche Wirkung für alle in Deutschland lebenden Kinder und Jugendlichen – bis hin zu der Begründung von individuellen Rechtsansprüchen. Insbesondere muss bei allen Maßnahmen, die Kinder und Jugendliche betreffen, deren Wohl vorrangig berücksichtigt werden (vgl. Art. 3 UNKRK).

Die Rechte von Kindern und Jugendlichen gelten bedingungslos. Grundsätzlich finden Individualrechte ihre Grenzen dort, wo die Rechte anderer Menschen beginnen. In Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe ist es daher Aufgabe aller Beteiligten, dafür zu sorgen, dass die individuellen Rechte aller Kinder, Jugendlichen und Mitarbeiter/-innen/Erwachsenen gewahrt sind und das Wohl aller berücksichtigt und nicht beeinträchtigt wird.

## **Schutz und Prävention**

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Schutz vor (physischer, psychischer und sexualisierter) Gewalt (vgl. auch Art. 34 UNKRK, § 1631 Abs. 2 BGB). Sie haben den Anspruch darauf, dass alle an ihrer Erziehung, Betreuung und Förderung Beteiligten zusammenarbeiten. Das Kindeswohl ist dabei das handlungsleitende Prinzip (vgl. auch Art. 3, 6, 19 und 36 UNKRK). Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, in Obhut genommen zu werden und den Anspruch, dass unverzüglich eine Person ihres Vertrauens benachrichtigt wird (§ 42 SGB VIII).

Kinder und Jugendliche haben das Recht auf eine bestmögliche Gesundheitsversorgung und -prävention (vgl. Art. 24 und 33 UNKRK) einschließlich des Rechts auf eine freie Wahl von Ärzten/-innen.

## **Hilfeplanung**

Kinder und Jugendliche haben das Recht auf Mitwirkung und Beteiligung an ihrer Hilfeplanung. Ihr Wille ist auch bezüglich Ort und Ausgestaltung der Hilfe zu berücksichtigen. Heimerziehung beginnt nicht im Heim, sondern schon in der Planung davor. So haben Kinder und Jugendliche das Recht, bei der Auswahl der Einrichtung beteiligt zu werden (vgl. § 36 SGB VIII). Sie haben das Recht auf regelmäßige Hilfeplangespräche. Sie haben auch das Recht, ungestört und unter „vier Augen“ mit ihrem Jugendamt zu sprechen. Das Jugendamt muss für die ihm anvertrauten Kinder und Jugendlichen angemessen erreichbar sein (vgl. auch Art. 25 UNKRK und § 36 SGB VIII). Kinder und Jugendliche haben auch das Recht auf einen Beistand im Hilfeplangespräch (§ 13 Abs. 4 SGB X), z. B. dann, wenn sie sich durch die anwesenden Personen (Eltern, Betreuer/-innen, Jugendamt) nicht ausreichend unterstützt fühlen.

## **Familie**

Kinder und Jugendliche haben das Recht auf Kontakt und Beziehung zu ihrer Familie. Sie haben einen Anspruch auf Umgang mit beiden Elternteilen, Geschwistern, Großeltern, eigenen Kindern und anderen Personen, zu denen eine besondere Beziehung besteht. Sie haben den Anspruch, dass sich die Eltern für sie einsetzen und die Interessen ihrer Kinder vertreten. Kinder und Jugendliche haben das Recht darauf, dass das Jugendamt ihre Eltern in die Hilfeplanung mit einbezieht (vgl. auch Art. 5, 9 und 18 UNKRK).

Die Verantwortung für die Erziehung der Kinder und Jugendlichen liegt (in der Regel) bei den Eltern. Leben Kinder oder Jugendliche für längere Zeit in einer stationären Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe, sollte eine Vereinbarung zwischen Eltern und Einrichtung getroffen werden, wie alltägliche Angelegenheiten geregelt und entschieden werden (vgl. § 1688 BGB). Kinder und Jugendliche haben das Recht, dass diese Vereinbarung einvernehmlich erfolgt, dass sie bei der Vereinbarung beteiligt werden, und dass sie schriftlich festgehalten wird.

## **Bildung**

Kinder und Jugendliche haben das Recht auf Bildung. Sie haben das Recht auf Unterstützung bei der Entdeckung ihrer Begabungen und Interessen im schulischen, beruflichen und außerschulischen Bereich. Sie haben das Recht, dass ihre Begabungen, Talente, Interessen und Hobbys gefördert werden. Sofern nicht maßgebliche Gründe dagegen sprechen, sollen der Schulbesuch und die Berufsausbildung außerhalb der Einrichtung erfolgen, damit ein größeres Bildungs- und Ausbildungsangebot zur Verfügung steht und der Kontakt zum sozialen Umfeld gefördert wird (vgl. auch Art. 28 und 31 UNKRK).

## **Gleichberechtigung**

Mädchen und Jungen haben das Recht auf Gleichberechtigung. Diskriminierung von Mädchen oder Jungen wegen ihres Geschlechts, ihrer Hautfarbe, ihrer kulturellen und sexuellen Orientierung und ihrer körperlichen sowie seelischen Beeinträchtigungen ist verboten (vgl. Art. 2, 23 UNKRK sowie die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen).

## **Glaubens-/Bekenntnis-/Religionsfreiheit**

Kinder und Jugendliche haben das Recht auf Gedanken-, Gewissens-, Glaubens- und Bekenntnisfreiheit. Sie sind in religiösen und weltanschaulichen Bekenntnissen frei. Sofern sie einer Religionsgemeinschaft angehören, haben sie das Recht, ihre Religion auszuüben. Die Erziehung in einer bestimmten religiösen oder weltanschaulichen Grundrichtung rechtfertigt es nicht, Kinder oder Jugendliche zu religiösen oder weltanschaulichen Handlungen oder Übungen zu zwingen (vgl. auch Art. 14 UNKRK).

## **Information und Meinungsfreiheit**

Kinder und Jugendliche haben das Recht, sich umfassend zu informieren und umfassend informiert zu werden. Sie haben das Recht, sich frei in Wort, Schrift und Bild zu äußern und angehört zu werden (vgl. Art. 12, 13, 16 und 17 UNKRK). Sie haben das Recht auf die Wahrung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (das sowohl eingehende als auch ausgehende Post umfasst, Art. 10 GG).

Das Recht auf Information soll durch die Bereitstellung entsprechender Literatur, Zeitungen, moderner Kommunikationsmittel wie Internet gefördert werden. In der Wahl ihrer Lektüre dürfen Kinder und Jugendliche nicht über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus eingeschränkt werden. Sie sollen aber durch Anleitung zu einer kritischen Auseinandersetzung angeregt werden.

## **Eigentum**

Kinder und Jugendliche haben das Recht, Eigentum im Rahmen ihrer Geschäftsfähigkeit zu erwerben, es so zu verwahren, dass es anderen nicht zugänglich ist, und frei darüber zu verfügen. Über das dem Kind bzw. dem/der Jugendlichen zustehende Taschengeld kann er oder sie frei verfügen. Abzüge vom Taschengeld als Mittel der Bestrafung sind nicht zulässig. Hat das Kind oder der/die Jugendliche einem/r anderen oder einer Sache einen Schaden zugefügt und wird es aus pädagogischen Gründen für



notwendig erachtet, ihn oder sie die Schadensregulierung mittragen zu lassen, muss dies dem jungen Menschen erklärt werden (vgl. auch Art. 49 AGSG). Außerdem ist darauf zu achten, dass das Kind oder der/die Jugendliche in der Befriedigung seiner/ihrer Bedürfnisse nicht übermäßig eingeschränkt wird (vgl. auch Art. 16 UNKRK).

## **Beteiligung**

Kinder und Jugendliche haben das Recht auf Beteiligung. Die Einrichtung, in der sie leben, hat die Pflicht, geeignete Verfahren der Beteiligung zu entwickeln und anzuwenden (vgl. § 45 SGB VIII). Beteiligung/Partizipation ist das zentrale Prinzip der Demokratie. Eine moderne Erziehung, die von diesem Prinzip geleitet ist, unterstützt eine möglichst große Selbstbestimmung des jungen Menschen. In der Einrichtung sollen junge Menschen u. a. bei Entscheidungen über

- Gestaltung und Ausstattung von Räumlichkeiten
- Wahrung der Privat- und Intimsphäre
- Übernahme von Verpflichtungen im Rahmen des Heimlebens
- Freizeitgestaltung
- Kontakte innerhalb und außerhalb des Heims
- Besuchsregelungen
- Urlaub
- Umzüge
- die Weiterentwicklung der Beteiligungs- und Beschwerdemöglichkeiten beteiligt werden.

## **Beschwerde**

Kinder und Jugendliche haben das Recht auf Beschwerde. Die Einrichtung, in der sie leben, hat die Pflicht, geeignete Beschwerdeverfahren zu entwickeln und anzuwenden (vgl. § 45 SGB VIII). Wird der Beschwerde einrichtungsintern nicht abgeholfen, haben Kinder und Jugendliche das Recht, sich an ihr Jugendamt und/oder an die für die Aufsicht zuständige Stelle zu wenden. Kinder und Jugendliche haben das Recht, dass ihnen die entsprechenden Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in der Einrichtung, bei ihrem Jugendamt und in der für die Aufsicht zuständigen Stelle bekanntgegeben werden.

## **Interessenvertretung**

Geeignete Verfahren der Beteiligung und Beschwerde schließen Modelle der Interessenvertretung ein. Der Aufbau und der „Betrieb“ von Interessenvertretungen sind von der Einrichtung, insbesondere von der Einrichtungsleitung und den beauftragten Fachkräften, zu unterstützen. Die jeweilige Form der Interessenvertretung muss auf die Größe und die Konzeption der Einrichtung und das Alter der Kinder und Jugendlichen, die in ihr leben, bezogen sein und regelmäßig unter Beteiligung der Kinder und Jugendlichen weiterentwickelt werden (vgl. auch Art. 15 UNKRK).

## **Akten, Berichte und Dokumentation**

Kinder und Jugendliche haben das Recht auf Einsicht in ihre Akte, davon ausgeschlossen sind nur jene Teile, die Informationen über Dritte enthalten. Der Inhalt von Berichten, die die Einrichtung zu erstellen hat, sind mit dem Kind oder dem/der Jugendlichen zu besprechen. Das Jugendamt stellt dem Kind oder dem/der Jugendlichen eine Kopie der Hilfeplanprotokolle zur Verfügung. Das Kind oder der/die Jugendliche soll bei Bedarf die Gelegenheit erhalten, die Unterlagen durch eine eigene Darstellung zu ergänzen.

## **Datenschutz**

Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf Schutz ihrer persönlichen Daten (§§ 61 – 68 SGB VIII). So dürfen persönliche Daten und Informationen nur erhoben und gespeichert werden, wenn sie für die Erfüllung der Aufgabe nach dem Sozialgesetzbuch wirklich erforderlich sind. Erforderliche Daten und Informationen dürfen – bis auf wenige gesetzlich festgeschriebene Ausnahmen (§ 62 Abs. 3 SGB VIII) – nur bei den Betroffenen selbst, also auch den Kindern und Jugendlichen, erhoben werden. Dabei sind die Betroffenen über die rechtliche Grundlage und den Zweck der Erhebung sowie die Verwendung der Daten aufzuklären, soweit diese nicht ohnehin offenkundig sind. Sozialdaten dürfen zu dem Zweck, zu dem sie erhoben wurden, grundsätzlich auch genutzt und weitergegeben werden. Eine Datenweitergabe im Rahmen des § 69 SGB X ist jedoch nur zulässig, soweit dadurch der Erfolg einer zu gewährenden Leistung nicht infrage gestellt wird. Besonderen Vertrauensschutz genießen Sozialdaten, die zum Zwecke der persönlichen und erzieherischen Hilfe ausdrücklich anvertraut wurden. Sie dürfen nur mit Einwilligung des Anvertrauenden oder in den in § 65 SGB VIII abschließend genannten Fällen weitergegeben werden.

## **Quellen:**

- Bayerischer Landesjugendhilfeausschuss: „Fachliche Empfehlungen zur Heimerziehung gemäß § 34 SGB VIII“ vom 08.04.200
- Hessischer Landesjugendhilfeausschuss: „Grundrechte und Heimerziehung“ vom 10.11.2000
- UN KRK (vom 20.11.89; am 05.04.92 für Deutschland in Kraft getreten; Rücknahme der Deutschen Vorbehaltserklärung am 15.07.2010)
- National Coalition: Nach der Rücknahme der deutschen Vorbehaltserklärung: Was bedeutet die uneingeschränkte Verwirklichung des Kindeswohlvorrangs nach der UN-Kinderrechtskonvention im deutschen Recht? 2010

## Anlage 2



Heilpädagogisch-Psychotherapeutisches  
Kinder- und Jugenddorf Martinsberg  
Am Steinbühl 11  
95119 Naila

**Diakonie**   
**Martinsberg**

Tel. 09282/690

Fax 09282/6935

[www.kinderdorf-martinsberg.de](http://www.kinderdorf-martinsberg.de)

[info@kinderdorf-martinsberg.de](mailto:info@kinderdorf-martinsberg.de)

### **Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen**

#### **im Kinder- und Jugenddorf Martinsberg und Schutz vor Gewalt**

Die im Kinder- und Jugenddorf Martinsberg lebenden Kinder und Jugendlichen werden an den sie betreffenden Angelegenheiten entsprechend ihres Entwicklungsstandes beteiligt. Damit sind für uns sowohl gesetzliche als auch pädagogische Grundlagen wesentliche Ansatzpunkte für unsere Zielsetzung, für Kinder und Jugendliche optimale Entwicklungs- und Lernbedingungen zu schaffen und für anregende Lebensbedingungen zu sorgen. Die gesetzlichen Vorgaben sowie die UN-Kinderrechtskonvention finden in unserer Einrichtung Beachtung und Anwendung.

Partizipation entspricht unserem fachlichen Selbstverständnis, im täglichen Handeln gemeinsam dafür zu sorgen, dass die individuellen Rechte aller Kinder und Jugendlichen, Mitarbeiter und Erwachsenen gewahrt werden und das Wohl aller berücksichtigt und nicht beeinträchtigt wird. Dementsprechend wird im Alltagsablauf den Kindern und Jugendlichen die Option und das Recht auf Beteiligung, Mitbestimmung und der Möglichkeit der Beschwerde innerhalb unserer Einrichtung eingeräumt.

Die Mitarbeiter/innen setzen sich mit ihrer pädagogischen Sichtweise bzw. Grundhaltung auseinander und nutzen Teamberatungen, Dienstbesprechungen und Supervision

zur Reflektion und Weiterentwicklung. Eine Beteiligung fördernde Grundhaltung sowohl für Kinder und Jugendliche als auch für jeden Mitarbeiter/jede Mitarbeiterin ist Voraussetzung für eine Kultur und ein Klima der Beteiligung und Transparenz innerhalb unserer Jugendhilfeeinrichtung.

Die Mitarbeiter/innen motivieren die Kinder und Jugendlichen zur Beteiligung, indem sie

- Entwicklungsräume und Gelegenheiten schaffen, sich in Beteiligung zu üben.
- gezielte Unterstützung anbieten, verschiedene Formen der Beteiligung zu erfahren und zu erlernen.
- altersgemäße Verantwortung übertragen.

Im Besonderen bedeutet dies für uns, Kinder und Jugendliche als auch Mitarbeiter/innen umfangreich über ihre Rechte zu informieren und aufzuklären, sowie für Möglichkeiten der Durchsetzung zu sorgen. Wir legen einen Schwerpunkt darauf, dass in den verschiedenen Gremien – sowohl auf Seiten der Kinder/Jugendlichen als auch auf Mitarbeiterseite – ausreichende Informationen, insbesondere die verbrieften Rechte lt. UN-Kinderrechtskonvention, verfügbar sind und sich die Umsetzung und Ausgestaltung dieser Rechte differenziert nach dem geistig-seelischen Entwicklungsstand richtet.

### 1. Vertrauenserzieher

In unserer Einrichtung haben wir als altersgemäße Methode die Wahl der Vertrauenserzieher als geeignetes Verfahren zur Beteiligung und Beschwerde sowie demokratischen Interessensvertretung entwickelt. Die Kinder und Jugendlichen konnten alle Mitarbeiter/innen als Wunschkandidaten benennen. Die Vertrauenserzieher wurden dann mit Mehrheit der Wahlstimmen festgelegt. Die beiden Gewählten (ein Erzieher, eine Erzieherin) haben sich in allen Gruppenhäusern persönlich bekannt gemacht, ihre Aufgaben den Kindern und Jugendlichen explizit erläutert und die Kinder und Jugendlichen über ihre Rechte und Möglichkeiten umfangreich informiert.

### 2. Sprechstunde der Vertrauenserzieher

Die Vertrauenserzieher halten im 14-tägigen Rhythmus alternierend eine Sprechstunde für die Kinder/Jugendlichen in einem separaten Raum im Zentralgebäude ab. Hier haben die Kinder/Jugendlichen die Möglichkeit, in einem geschützten Rahmen ihre Sorgen, Beschwerden und Anliegen vertrauten Personen gegenüber zu äußern. Die Vertrauenserzieher nehmen die Anliegen an und setzen sich entweder mit den entsprechenden Personen/Stellen zusammen, um die Anliegen zu bearbeiten, oder versuchen gemeinsam einen Lösungsweg mit allen Beteiligten zu finden. Die Anliegen bzw. Beschwerden sowie deren Bearbeitungs- und Lösungsstrategien werden innerhalb der jeweiligen Partizipationsgremien von den entsprechenden Fachkräften dokumentiert.

### 3. Gruppensprecher

In den Gruppen werden jährlich per Mehrheitsbeschluss ein Gruppensprecher und dessen Vertreter gewählt. In den Gruppen werden regelmäßig wöchentlich Gruppensprechersitzungen zusammen mit den anwesenden Mitarbeiter/innen durchgeführt. Mit einer beteiligungsfreundlichen Haltung der Dienst habenden Fachkräfte wird den Kindern und Jugendlichen innerhalb der Gruppe die Möglichkeit zur Beschwerde, Mitbestimmung und Beteiligung eingeräumt. Insbesondere betrifft dies Essensplanung, Wohnraumgestaltung, Gruppenunternehmungen, Ferienplanung und Freizeitaktionen, Feste und Feiern, Ausgabe der Taschengelder und Formulierung kindzentrierter individueller Wochenziele.

### 4. Gruppensprechersitzung

Einmal monatlich findet eine Gruppensprechersitzung mit den gewählten Vertrauens Erziehern und den ersten Gruppensprechern statt. Die Einrichtungsleitung nimmt jeweils einmal im Quartal an der Gruppensprechersitzung teil. Hier besteht die Möglichkeit, gruppenübergreifend Problemlagen zu besprechen, Rahmenbedingungen zu stabilisieren oder nachzubessern und wo möglich Kinder und Jugendliche auf Einrichtungsebene zu unterstützen und ggf. Abhilfe zuteil werden zu lassen. In diesem Gremium werden die Kinder und Jugendlichen an gruppenübergreifenden Entscheidungen beteiligt und ermutigt, Verantwortung und Pflichten zu übernehmen.

### 5. Heimsprecher

Die Gruppensprecher wählen jährlich den Heimsprecher sowie dessen Vertreter, der unsere Kinder und Jugendlichen in den entsprechenden Gremien zusammen mit einem Vertrauenserzieher vertritt.

### 6. Kids Box

Im Rahmen des Beschwerdemanagements haben wir als sehr niederschwelliges Instrument eine „Kids-Box“ installiert. Dies ist ein frei zugänglicher, fest installierter Briefkasten, in den Kinder und Jugendliche anonym Anregungen, Wünsche, Beschwerden oder Missstände mitteilen können. Der Briefkasten wird von den Vertrauenserziehern geleert und die Mitteilungen vertraulich behandelt.

### 7. Vertrauenstherapeut

Allen Kindern und Jugendlichen steht selbstverständlich die Möglichkeit offen, sich in den wöchentlichen Therapiestunden an den zuständigen Therapeuten zu wenden, insbesondere wenn das Recht auf Schutz vor psychischer, physischer oder sexualisierter

Gewalt verletzt ist. Der Therapeut/die Therapeutin wird die Rechte des Kindes/Jugendlichen gegenüber Einrichtungsleitung und den strukturell vorgegebenen Bedingungen vertreten. Auf Wunsch besteht nach telefonischer Absprache für jedes Kind/jeden Jugendlichen bei individueller Unzufriedenheit oder allgemeinen Anliegen die Möglichkeit, sich direkt an die Einrichtungsleitung zu wenden.

#### 8. Beteiligung an Hilfeplangesprächen

Die von den Bezugserziehern erarbeiteten Tischvorlagen für die Hilfeplankonferenzen werden im Vorfeld mit den jeweiligen Kindern und Jugendlichen vom Bezugserzieher durchgesprochen.

Die Kinder und Jugendlichen haben vorab denselben Kenntnisstand, wie die an dem Qualitätszirkel beteiligten Fachkräfte und Sorgeberechtigten. Sie haben die Möglichkeit, vor Weitergabe an Jugendamt/Sorgeberechtigten/Vormund, Ergänzungen oder Anmerkungen an die schriftliche Dokumentation anzufügen.

Je nach Alter und Entwicklungsstand nehmen die Kinder entweder an der vollständigen Hilfeplankonferenz teil oder werden, nachdem die Vertreter aus Schule, Therapie und Gruppe den jeweiligen Hilfeplanverlauf detailliert besprochen haben, dazu gebeten. Es werden ihnen die erarbeiteten Kernpunkte vermittelt und sie haben die Möglichkeit, ihre eigene Sichtweise darzulegen bzw. Änderungen und Ergänzungen anzubringen. Im Rahmen dieses Qualitätszirkels wird jedem Kind/Jugendlichen die Option eröffnet, Wünsche, Beschwerden und Sorgen einzubringen und gehört zu werden.

#### 9. Vier-Augen-Gespräche:

Für manche Kinder und Jugendliche stellt das Gremium der tagenden Fachkräfte und Sorgeberechtigten ein zu großes und offenes Forum dar, so dass den Kindern und Jugendlichen bei Wunsch jederzeit die Möglichkeit eingeräumt wird, alleine mit dem zuständigen ASD-Mitarbeiter des Jugendamtes oder dem Vormund unter Ausschluss des Gremiums zu sprechen.

Die jeweiligen Ergänzungspfleger/Vormünder der einzelnen Kinder und Jugendlichen kommen in der Regel turnusmäßig einmal monatlich in die Einrichtung, um ihre Mündel zu besuchen, Zeit mit ihnen zu verbringen und sich nach deren Wohlergehen zu erkundigen. Hier besteht jederzeit die Möglichkeit, innerhalb eines geschützten Rahmens ein Vier-Augen-Gespräch zu führen und eventuelle Beschwerden und Änderungsvorschläge mitzuteilen.

#### 10. Telefonischer Kontakt:

Neben den turnusmäßig festgesetzten Hilfeplankonferenzen, Besuchen der einzelnen Vormünder/Ergänzungspfleger, haben unsere Kinder und Jugendlichen auch die Möglichkeit, sich neben den intern angebotenen Beschwerdemöglichkeiten auch jederzeit an die zuständigen Mitarbeiter des Jugendamtes/Vormünder, externe Institutionen wie

Polizei, Gesundheitsamt, Sitzjugendamt oder andere sozialpädagogische Institutionen zu wenden. Auf Nachfrage werden den Kindern und Jugendlichen Telefonnummern, Anschriften usw. zur Verfügung gestellt und sie können entscheiden, in welcher Form sie mit den externen Stellen in Kontakt treten wollen.

Im Rahmen der institutionell fest verankerten Formen geben wir den Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, Beteiligung zu erlernen, für individuelle Rechte einzutreten, Meinungs- und Glaubensfreiheit zu erleben. Transparenz und gemeinsame Kommunikation als auch die vorhandenen Rahmenbedingungen tragen dazu bei, Kinder und Jugendliche in Verantwortung zu führen und Pflichtbewusstsein zu fördern. Die dafür existierenden definierten und transparenten Beteiligungsformen und –strukturen sind ein wesentliches Element hierzu.

D. Oelschlegel

Einrichtungsleiter

07.05.2014

**f/text/konzepte/partizipation**

## Anlage 3

### Teilauswertung 1: Kinder 8 - 10 Jahre

#### Fragebogen für Kinder und Jugendliche zu Möglichkeiten der Beteiligung im Kinder- und Jugenddorf Martinsberg

Alter: 8 – 10 Jahre

Geschlecht: 7 männlich/ 3 weiblich

	immer	fast immer	teilweise	selten	nie
Ich bestimme welche Kleidung ich tragen möchte.	40%	30%	30%	0%	0%
Ich bestimme über die Einrichtung meines Zimmers.	40%	10%	0%	30%	20%
Ich bestimme wofür ich mein Taschengeld ausbe.	90%	10%	0%	0%	0%
Ich kann meine Interessen und Hobbys verwirklichen.	78%	0%	0%	22%	0%
Ich bin am Hilfeplangespräch beteiligt.	38%	12%	12%	0%	38%
Ich kenne die Ziele aus dem Hilfeplan.	25%	0%	25%	0%	50%
Ich werde bei der Aufstellung dieser Ziele beteiligt.	0%	0%	25%	12%	63%
Wir entscheiden gemeinsam über die Gestaltung der Gruppenräume.	30%	10%	10%	40%	10%
Wir bestimmen mit, bei der Aufstellung von Gruppenregeln.	10%	30%	20%	10%	30%
Wir entscheiden gemeinsam welche Gruppenunternehmungen gemacht werden.	50%	10%	0%	0%	20%
Wir entscheiden gemeinsam wohin wir ins Ferienlager fahren.	20%	40%	0%	0%	40%
Wir führen regelmäßig ein Gruppengespräch durch.	80%	10%	10%	0%	0%
Ich fühle mich von den Erziehern ernst genommen.	60%	20%	10%	10%	0%
Ich fühle mich im Kinderdorf wohl.	20%	10%	40%	30%	0%



	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>
Ich wurde gefragt, ob ich ins Kinderdorf einziehen möchte.	40%	60%
Ich kenne die Heim- und Gruppenregeln.	90%	10%
Ich kenne den Rechtenkatalog für Kinder in der Heimerziehung.	0%	100%
Wir haben einen Gruppensprecher.	100%	0%
Ich kenne den/die Vertrauensbetreuer/in.	50%	50%
Ich kenne den/die für mich zuständige/n Mitarbeiter/in des Jugendamtes.	40%	60%
Ich weiß bei wem ich mich beschweren kann.	90%	10%
Ich weiß, dass es einen Landesheimrat gibt.	0%	100%
Ich wünsche mir mehr Mitspracherecht und Beteiligung.	40%	60%

### **Anregungen, Hinweise, Beschwerden (Freie Nennung)**

Kinder ärgen mich, keine Wünsche

das ich hier raus gehen

Ich wünsche mir ein eigenes Fahrrad, manche Kinder ärgen mich

Keine Beschwerde, Autos an die Wand malen

Ich möchte nach Hause zu Mama

Keine Beschwerde, Ich will bald nach Hause

## Anlage 4

### Teilauswertung 2: Kinder 11 – 13 Jahre

#### Fragebogen für Kinder und Jugendliche zu Möglichkeiten der Beteiligung im Kinder- und Jugenddorf Martinsberg

Alter: 11 - 13 Jahre

Geschlecht: 16 männlich / 4 weiblich

	immer	fast immer	teilweise	selten	nie
Ich bestimme welche Kleidung ich tragen möchte.	75%	15%	10%	0%	0%
Ich bestimme über die Einrichtung meines Zimmers.	60%	20%	5%	15%	0%
Ich bestimme wofür ich mein Taschengeld ausbe.	70%	20%	10%	0%	0%
Ich kann meine Interessen und Hobbys verwirklichen.	45%	30%	20%	0%	5%
Ich bin am Hilfeplangespräch beteiligt.	35%	30%	20%	10%	5%
Ich kenne die Ziele aus dem Hilfeplan.	55%	10%	15%	10%	10%
Ich werde bei der Aufstellung dieser Ziele beteiligt.	35%	10%	30%	10%	15%
Wir entscheiden gemeinsam über die Gestaltung der Gruppenräume.	45%	30%	15%	5%	5%
Wir bestimmen mit, bei der Aufstellung von Gruppenregeln.	30%	15%	30%	10%	15%
Wir entscheiden gemeinsam welche Gruppenunternehmungen gemacht werden.	40%	30%	5%	25%	0%
Wir entscheiden gemeinsam wohin wir ins Ferienlager fahren.	10%	20%	25%	20%	25%
Wir führen regelmäßig ein Gruppengespräch durch.	45%	15%	20%	15%	5%
Ich fühle mich von den Erziehern ernst genommen.	35%	45%	20%	0%	0%
Ich fühle mich im Kinderdorf wohl.	30%	25%	20%	10%	15%

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>
Ich wurde gefragt, ob ich ins Kinderdorf einziehen möchte.	40%	60%
Ich kenne die Heim- und Gruppenregeln.	95%	5%
Ich kenne den Rechtenkatalog für Kinder in der Heimerziehung.	35%	65%
Wir haben einen Gruppensprecher.	100%	0%
Ich kenne den/die Vertrauenslehrer/in.	79%	11%
Ich kenne den/die für mich zuständige/n Mitarbeiter/in des Jugendamtes.	63%	27%
Ich weiß bei wem ich mich beschweren kann.	95%	5%
Ich weiß, dass es einen Landesheimrat gibt.	25%	75%
Ich wünsche mir mehr Mitspracherecht und Beteiligung.	75%	25%

### **Anregungen, Hinweise, Beschwerden (Freie Nennung)**

Die Juliane Gessner motzt fast immer herum, und das finde ich nicht schön

Mehr Taschengeld!

In ein ander es Haus, Dasich mertg kige

Yolomandadolo

Ich Beschwer mich das immer mein fahrrad wegehnomen wird. Ich möchte das der Danny wiDder ins Haus 6 kommt

Ich möchte im Heim bleibe im Kinderdorf Martinzberg.

## Anlage 5

### Teilauswertung 3: Jugendliche 14 – 19 Jahre

#### Fragebogen für Kinder und Jugendliche zu Möglichkeiten der Beteiligung im Kinder- und Jugenddorf Martinsberg

Alter: 14 – 19 Jahre

Geschlecht: 17 männlich / 2 weiblich

	immer	fast immer	teilweise	selten	nie
Ich bestimme welche Kleidung ich tragen möchte.	89%	11%	0%	0%	0%
Ich bestimme über die Einrichtung meines Zimmers.	64%	21%	5%	5%	5%
Ich bestimme wofür ich mein Taschengeld ausbebe.	89%	11%	0%	0%	0%
Ich kann meine Interessen und Hobbys verwirklichen.	50%	11%	22%	6%	11%
Ich bin am Hilfeplangespräch beteiligt.	58%	11%	26%	0%	5%
Ich kenne die Ziele aus dem Hilfeplan.	47%	32%	5%	11%	5%
Ich werde bei der Aufstellung dieser Ziele beteiligt.	63%	16%	11%	5%	5%
Wir entscheiden gemeinsam über die Gestaltung der Gruppenräume.	37%	26%	26%	0%	11%
Wir bestimmen mit, bei der Aufstellung von Gruppenregeln.	22%	17%	17%	22%	22%
Wir entscheiden gemeinsam welche Gruppenunternehmungen gemacht werden.	42%	32%	16%	5%	5%
Wir entscheiden gemeinsam wohin wir ins Ferienlager fahren.	21%	16%	21%	5%	37%
Wir führen regelmäßig ein Gruppengespräch durch.	32%	36%	16%	16%	0%
Ich fühle mich von den Erziehern ernst genommen.	42%	21%	5%	11%	21%
Ich fühle mich im Kinderdorf wohl.	37%	32%	5%	5%	21%

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>
Ich wurde gefragt, ob ich ins Kinderdorf einziehen möchte.	42%	68%
Ich kenne die Heim- und Gruppenregeln.	79%	21%
Ich kenne den Rechkatalog für Kinder in der Heimerziehung.	37%	63%
Wir haben einen Gruppensprecher.	100%	0%
Ich kenne den/die Vertrauenserzieher/in.	74%	26%
Ich kenne den/die für mich zuständige/n Mitarbeiter/in des Jugendamtes.	90%	10%
Ich weiß bei wem ich mich beschweren kann.	84%	16%
Ich weiß, dass es einen Landesheimrat gibt.	58%	42%
Ich wünsche mir mehr Mitspracherecht und Beteiligung.	72%	28%

### **Anregungen, Hinweise, Beschwerden (Freie Nennung)**

Dazu werde ich nichts schreiben

Falsche verdecktungen finde ich mega Scheiße

Vogel !!!

Das mit den Handy regel Scheiß. Ich möchte Das das geändert wirt

Ich werd nur 1x Fertig !

NEIN !

Dases mehr streit mit Erzieher und Kindern und die Handys länger sind für 14 – 18

Mehr mänliche Erzieher. Die Erzieher müssen mal unsere den annehmen, d.h. sie sollen sich mehr für uns interessieren.

Ich Will aus dem Heim Wieder Raus, Wurde in Der Schule Geärgert

Ich möchte mein Mofa mit hir her nehmen

Freies Internet

Ich will mein Handy übernacht behalten.

## Anlage 6

### Gesamtauswertung Kinder und Jugendliche

#### Fragebogen für Kinder und Jugendliche zu Möglichkeiten der Beteiligung im Kinder- und Jugenddorf Martinsberg

Alter: 8 - 19

Geschlecht: 40 männlich/ 9 weiblich

	immer	fast immer	teilweise	selten	nie
Ich bestimme welche Kleidung ich tragen möchte.	74%	16%	10%	0%	0%
Ich bestimme über die Einrichtung meines Zimmers.	58%	18%	4%	14%	6%
Ich bestimme wofür ich mein Taschengeld ausbebe.	82%	14%	4%	0%	0%
Ich kann meine Interessen und Hobbys verwirklichen.	54%	17%	17%	6%	6%
Ich bin am Hilfeplangespräch beteiligt.	45%	19%	21%	4%	11%
Ich kenne die Ziele aus dem Hilfeplan.	47%	17%	13%	8%	15%
Ich werde bei der Aufstellung dieser Ziele beteiligt.	40%	11%	21%	9%	19%
Wir entscheiden gemeinsam über die Gestaltung der Gruppenräume.	39%	25%	18%	10%	8%
Wir bestimmen mit, bei der Aufstellung von Gruppenregeln.	23%	19%	23%	14%	21%
Wir entscheiden gemeinsam welche Gruppenunternehmungen gemacht werden.	43%	31%	8%	12%	6%
Wir entscheiden gemeinsam wohin wir ins Ferienlager fahren.	16%	22%	19%	10%	33%
Wir führen regelmäßig ein Gruppengespräch durch.	47%	22%	17%	12%	2%
Ich fühle mich von den Erziehern ernst genommen.	43%	30%	13%	6%	8%
Ich fühle mich im Kinderdorf wohl.	30%	24%	20%	12%	14%

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>
Ich wurde gefragt, ob ich ins Kinderdorf einziehen möchte.	41%	59%
Ich kenne die Heim- und Gruppenregeln.	88%	12%
Ich kenne den Rechkatalog für Kinder in der Heimerziehung.	29%	72%
Wir haben einen Gruppensprecher.	100%	0%
Ich kenne den/die Vertrauenserzieher/in.	70%	30%
Ich kenne den/die für mich zuständige/n Mitarbeiter/in des Jugendamtes.	69%	31%
Ich weiß bei wem ich mich beschweren kann.	90%	10%
Ich weiß, dass es einen Landesheimrat gibt.	33%	77%
Ich wünsche mir mehr Mitspracherecht und Beteiligung.	67%	33%



## Anlage 7

### Fragebogen für pädagogische Mitarbeiter zu Möglichkeiten der Beteiligung im Kinder- und Jugenddorf Martinsberg

**Bezugskind:** Alter: 8 - 10 Jahre Geschlecht: 6 männlich / 4 weiblich

	immer	fast immer	teilweise	selten	nie
Mein Bezugskind hat Mitspracherecht bei der Wahl der Kleidung.	30%	60%	10%	0%	0%
Mein Bezugskind kann über die Einrichtung seines Zimmers selbst bestimmen.	10%	40%	40%	10%	0%
Mein Bezugskind bestimmt selbst wofür es sein Taschengeld ausgibt.	30%	30%	40%	0%	0%
Ich versuche im Alltag die Interessen und Hobbys meines Bezugskindes aufzugreifen und mit einzubeziehen.	40%	40%	20%	0%	0%
Mein Bezugskind ist am Hilfeplangespräch beteiligt.	40%	50%	10%	0%	0%
Mein Bezugskind kennt die Ziele aus dem Hilfeplan.	80%	10%	10%	0%	0%
Ich beteilige mein Bezugskind bei der Aufstellung der Hilfeplanziele.	0%	20%	50%	20%	10%

**Bezugskind:** Alter: 11 - 13 Jahre Geschlecht: 14 männlich / 5 weiblich

	immer	fast immer	teilweise	selten	nie
Mein Bezugskind hat Mitspracherecht bei der Wahl der Kleidung.	74%	26%	0%	0%	0%
Mein Bezugskind kann über die Einrichtung seines Zimmers selbst bestimmen.	37%	42%	21%	0%	0%
Mein Bezugskind bestimmt selbst wofür es sein Taschengeld ausgibt.	42%	32%	26%	0%	0%
Ich versuche im Alltag die Interessen und Hobbys meines Bezugskindes aufzugreifen und mit einzubeziehen.	37%	58%	5%	0%	0%
Mein Bezugskind ist am Hilfeplangespräch beteiligt.	58%	21%	16%	0%	5%
Mein Bezugskind kennt die Ziele aus dem Hilfeplan.	95%	5%	0%	0%	0%
Ich beteilige mein Bezugskind bei der Aufstellung der Hilfeplanziele.	32%	21%	42%	5%	0%

**Bezugskind:**      Alter: 14 – 19 Jahre      Geschlecht: 16 männlich / 3 weiblich

	immer	fast immer	teil- weise	selten	nie
Mein Bezugskind hat Mitspracherecht bei der Wahl der Kleidung.	74%	21%	5%	0%	0%
Mein Bezugskind kann über die Einrichtung seines Zimmers selbst bestimmen.	32%	32%	36%	0%	0%
Mein Bezugskind bestimmt selbst wofür es sein Taschengeld ausgibt.	58%	32%	10%	0%	0%
Ich versuche im Alltag die Interessen und Hobbys meines Bezugskindes aufzugreifen und mit einzubeziehen.	53%	42%	5%	0%	0%
Mein Bezugskind ist am Hilfeplangespräch beteiligt.	83%	17%	0%	0%	0%
Mein Bezugskind kennt die Ziele aus dem Hilfeplan.	90%	5%	5%	0%	0%
Ich beteilige mein Bezugskind bei der Aufstellung der Hilfeplanziele.	37%	42%	21%	0%	0%

**Bezugskind:**      Alter: ohne Angabe      Geschlecht: 5 männlich / 0 weiblich

	immer	fast immer	teil- weise	selten	nie
Mein Bezugskind hat Mitspracherecht bei der Wahl der Kleidung.	0%	80%	0%	20%	0%
Mein Bezugskind kann über die Einrichtung seines Zimmers selbst bestimmen.	40%	40%	20%	0%	0%
Mein Bezugskind bestimmt selbst wofür es sein Taschengeld ausgibt.	40%	60%	0%	0%	0%
Ich versuche im Alltag die Interessen und Hobbys meines Bezugskindes aufzugreifen und mit einzubeziehen.	40%	60%	0%	0%	0%
Mein Bezugskind ist am Hilfeplangespräch beteiligt.	80%	0%	20%	0%	0%
Mein Bezugskind kennt die Ziele aus dem Hilfeplan.	80%	20%	0%	0%	0%
Ich beteilige mein Bezugskind bei der Aufstellung der Hilfeplanziele.	20%	40%	40%	0%	0%

## Gesamtauswertung der Angaben der Mitarbeiter ohne Einschränkung nach dem Alter

**Bezugskind:** Alter: 8 - 19 Jahre      Geschlecht: 41 männlich / 12 weiblich

	immer	fast immer	teilweise	selten	nie
Mein Bezugskind hat Mitspracherecht bei der Wahl der Kleidung.	58%	36%	4%	2%	0%
Mein Bezugskind kann über die Einrichtung seines Zimmers selbst bestimmen.	30%	38%	30%	2%	0%
Mein Bezugskind bestimmt selbst wofür es sein Taschengeld ausgibt.	45%	34%	21%	0%	0%
Ich versuche im Alltag die Interessen und Hobbys meines Bezugskindes aufzugreifen und mit einzubeziehen.	43%	49%	8%	0%	0%
Mein Bezugskind ist am Hilfeplangespräch beteiligt.	65%	23%	10%	0%	2%
Mein Bezugskind kennt die Ziele aus dem Hilfeplan.	89%	8%	3%	0%	0%
Ich beteilige mein Bezugskind bei der Aufstellung der Hilfeplanziele.	26%	30%	36%	6%	2%

	immer	fast immer	teilweise	selten	nie
Mitarbeiter und Adressaten entscheiden gemeinsam über die Gestaltung der Gruppenräume.	16%	44%	37%	0%	3%
Mitarbeiter und Adressaten stellen gemeinsam die Gruppenregeln auf.	31%	25%	35%	6%	3%
Mitarbeiter und Adressaten entscheiden gemeinsam welche Gruppenunternehmungen gemacht werden.	25%	53%	22%	0%	0%
Mitarbeiter und Adressaten entscheiden gemeinsam wohin wir ins Ferienlager fahren.	15%	22%	35%	25%	3%
Wir führen regelmäßig ein Gruppengespräch durch.	66%	25%	0%	9%	0%
Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Alltag ist ein wichtiger Aspekt meiner Arbeit.	45%	45%	7%	3%	0%
Ich nehme die Anregungen und Sorgen der Kinder und Jugendlichen ernst.	72%	22%	6%	0%	0%
Ich fühle mich im Kinderdorf wohl.	31%	59%	7%	3%	0%

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>
Ich kenne das Konzept zur Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen im Kinder und Jugenddorf Martinsberg.	91%	9%
Ich kenne den Rechkatalog für Kinder und Jugendliche in Einrichtungen der stationären Jugendhilfe in Bayern	71%	29%
Wir haben einen Gruppensprecher.	100%	0%
Ich kenne die Vertrauenszieher.	100%	0%
Ich weiß, daß es einen Landesheimrat gibt.	94%	6%
Ich wünsche mir mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Kindern und Jugendliche in unserer Einrichtung.	49%	31%
20% der Befragten machten keine Angaben		
Ich wünsche mir mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Mitarbeiter in unserer Einrichtung.	77%	6%
17% der Befragten machten keine Angaben		

### **Anregungen, Hinweise, Beschwerden (Freie Nennung)**

- Kondomautomat –ausgabe (gesundheitliche Aufklärung, Schutz der Gesundheit)
- Wir möchten gerne selber kochen!
- Das Essengeld sollte nach den wahren „ist“-Tagen (wirkliche Anwesenheit des Erziehers) abgerechnet werden! Nicht pauschal

- Grundsätzlich sollte dem Team mehr Eigenverantwortung zugestanden werden (Gruppengestaltung, Regeln)
- Jedem Team sollte 1x/Jahr ein Teamtag zugestanden werden (Teambildung, eventuelle Probleme zeitnah im Team ansprechen, Gruppenentwicklung)
- regelmäßige Treffen aller Kinder + Heimleitung für Wünsche, Anregungen, Beschwerden, Belehrungen im Saal (evtl. auch in zwei Gruppen)
- Kinderrat- alle Kinder treffen sich für Wünsche, Anregungen, Beschwerden, Regeln, „Strafen“, Unternehmungen, Veranstaltungen und entwerfen gemeinsam Vorschläge
- Für Mitarbeiter: genauere Klärung der Aufgabenbereiche bzw. Anforderungen/ Wünsche
- Für Jugendliche / Kinder: Bezugserzieherstunde regelmäßiger und öfters (bzgl. Mitsprache, Ziele usw.)
- Mehr gemeinsame Aktionen auch zwischen den Häusern, gruppenübergreifende Zusammenarbeit, gemeinsame Aktionen wie „Heueinfahren“ usw. sind wertvoll und auch Alltagsrelevant
- Meiner Meinung nach sollten Kinder mehr in die grundlegenden Aufgaben eingebunden werden, gemeinsames Rasenmähen, Bäume pflanzen, Einkaufen, usw. Nicht weltfremd erzogen werden, dabei spielen dann eigene Meinung und Geschmack natürlich eine große Rolle.

## Erklärung

Ich erkläre, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe.

Plauen / Mittweida 15.01.2015